

kein Bäckergehilfe

Deutsche

Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreispaltige Pettzelle 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Herbststürme.

Das Jahr 1911 war für unsere Organisation besonders reich an wirtschaftlichen Kämpfen, die mit den Unternehmern zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den verschiedenen zu unserm Organisationsgebiet zählenden Branchen, ausgefochten wurden. Hauptächlich waren an den Kämpfen die Bäcker beteiligt, weil bekanntlich das erste Halbjahr hierzu die günstigste Zeit ist. Weniger berührt davon wurde die Großindustrie, und die Konditoren schieden infolge der schwachen Organisationsverhältnisse vollständig aus.

Für die in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie Beschäftigten steht die Saison unmittelsbar vor der Tür. In vielen Fabriken wird bereits mit Wasserdampf gearbeitet, so daß hier die Arbeitszeit durch die Überstunden bis zu 16 und noch mehr Stunden ausgedehnt wird. Solche Perioden sind auch für die Arbeiterschaft am günstigsten zur Unternehmung eines Vorstoßes gegen die bestehenden, oftmals tieferen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jahrelang hindurch hatte es den Anschein, das Unternehmertum in dieser Industrie könne ungestraft Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft ausüben. Die Arbeiter und Arbeiterinnen trugen geduldig ihr Los und leisteten den Fabrikanten nicht den geringsten Widerstand. So bildete sich allmählich ein raffiniertes Ausbeutungssystem aus, das besonders durch die Technik begünstigt und sehr leicht durchgeführt werden konnte. Das Unternehmertum verstand es, sich willige Kreaturen zu Antreiber heranzuzüchten, die bestrebt sind, das größtmögliche Arbeitspensum aus der Arbeitskraft herauszuquetschen. Es entwickelten sich alle raffinierten Ausbeutungssysteme, die wir heute in dieser Industrie antreffen können.

Durch die Affordarbeit wurde der einzelne selbst zum Antreiber, der darauf loshaften mußte, um einen länglichen Wochenlohn zu erreichen. Unter den verschiedenen Abarten dieser Vordarbeit überragt das Kolonnenaffordsystem alle andern. Mit einer Anzahl Personen wird unter Beaussichtigung eines Vorarbeiters ein bestimmtes Quantum Arbeit verrichtet, für welche Leistung der Unternehmer einen bestimmten Lohn verakkordiert. Der Betrag wird jedoch auf die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht gleichmäßig zur Verteilung gebracht, obwohl die Arbeitsleistung intensiv gleichmäßig von allen war. Das Fett wird vorerst vom Vorarbeiter abgeschöpft, der Rest kommt dann in der Weise zur Verteilung, daß nicht viel mehr als der usuelle Tagelohn übrig bleibt. Bei diesem Ausbeutungssystem ist dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Die so im Afford Beschäftigten wissen oftmals nicht, wie hoch ihre Affordarbeit entlohnt wird, sie müssen mit dem Vorlieb nehmen, was ihnen ausgehändigt wird.

Das Unternehmertum ging neben diesem System auch zur Verbilligung der Arbeitskraft durch massenhafte Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen über. Nach der letzten Gewerbe- und Berufszählung sind in den Konfitüren- und Bonbonfabriken neben 5295 Arbeitern 6443 Arbeiterinnen beschäftigt, wovon unter letzteren 826 jugendliche unter 16 Jahren ermittelt wurden. Auf 100 Arbeiter entfallen demnach 125 Arbeiterinnen, von welchen wiederum auf 100 12,8 jugendliche kommen. In der Kakao- und Schokoladenindustrie sind 5187 Arbeiter und 9748 Arbeiterinnen beschäftigt, von letzteren 1279 jugendliche. Die Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft ist hier noch weit mehr vergrößert

als in vorgenannter Industrie. Von sämtlichen Beschäftigten sind fast zwei Drittel Arbeiterinnen, und davon entfallen wiederum 13 von 100 Arbeiterinnen auf jugendliche unter 16 Jahren.

Bei solchen Ausbeutungssystemen müssen die Fabrikanten zu hohem Reingewinn und großen Reichtümern gelangen. Eine lückenfreie Zusammenstellung kann schon deshalb nicht gegeben werden, weil ja nur die Aktiengesellschaften gesetzlich verpflichtet sind, die Geschäftsbilanz veröffentlichen zu müssen. Es genügt aber diese kleine Auslese schon, um ein Bild über die Unternehmerüberschüsse zu gewinnen. Im Jahre 1910/11 erzielten:

	Reingewinn	Dividende
Gebr. Stollwerck, Köln.....	M. 1574299	7 pSt.
Wurgener Biskuitfabrik.....	?	7 "
Rehoid & Nulhorn, Dresden.....	" 70571	2 "
Riquet & Co., Leipzig.....	" 174125	9 "
Sarotti, A.-G., Berlin.....	" 797000	12 "
Peter & Kohler, Schweiz.....	Fr. 1380000	15 "
Tobler & Co., Bern.....	" 168000	?
Inde-Sprüngli, Zürich.....	?	8 "

Aus diesen wenigen Zahlen kann schon ermessen werden, daß die Fabrikation von Schokolade- und Zuckerwaren für das Unternehmertum zu einem lohnenden, gewinnbringenden Geschäft wurde. Die letzten Jahre mit den konstanten, billigen Rohproduktenpreisen waren besonders fette, gewinnbringende Jahre für die Fabrikanten.

Ganz anders dagegen liegen die Verhältnisse bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen. Hier stoßen wir auf zwei Gruppen. Auf die der besser, oft gut bezahlten Spezialarbeiter, Abteilungsleiter, Werkmeister, Aufseher, Vorarbeiter und Vorarbeiterinnen. Diese Gruppe umfaßt den kleinsten Teil, welcher das Gros der Gelehrten, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit unsagbar niedrigeren Löhnen gegenübersteht. Wie schon oben angeführt, liegt der gewaltige Unterschied in der Entlohnung nur im ureigensten Unternehmerinteresse. Die gut bezahlten Vertrauensposten züchten eine Korruption, Unterwürfigkeit und ein Schmarozkertum groß, die das Unternehmertum, ohne auf Widerstand zu stoßen, das raffinierteste Ausbeutungssystem einführen läßt. In solcher Atmosphäre muß der letzte Rest von Menschenwürde und Selbstachtung ersticken. Lange Jahre hindurch hatte es auch den Anschein, als sei es unmöglich, die durch die Unternehmertumswürdigkeit degenerierten Massen für den Gedanken der gewerkschaftlichen Organisation zu gewinnen. Die wenigen aufrechten Charaktere hegten das größte Mißtrauen gegen ihre Mitarbeiter, sie waren nicht sicher, ob sie dann nicht infolge einer biblischen Denunziation der Maßregelung anheimfielen. Neben dem bewirkten noch die von den Unternehmern geschaffenen Wohlfahrtseinrichtungen, wie Arbeiterwohnhäuser, Fabrikkonsumanstalten, Kost- und Logishäuser, wie auch die unter dem Protektorat des Fabrikanten stehenden Vergnügungsvereine, daß nur sehr langsam der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation bei den Beschäftigten um sich greifen konnte.

Die Zeitverhältnisse waren aber stärker als der Unternehmerville, und alle gegen den Zeitgeist getroffenen Absperungsmaßnahmen erwiesen sich als auf morschem Grund gebaut, die bei dem kleinsten Vorstoß der Massen in sich zusammenbrechen mußten. Durch die grenzenlose Belastung, in Form von Rollen und indirekten Steuern, der Schultern der breiten Volksmasse verschlimmerte sich die Lebenshaltung immer bedenklicher. Der Hungerriemen mußte engergeschnallt werden. Da wurden auch den Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen geöffnet und sie fanden den Weg in die Organisation. Was also durch unsere Aufklärungsarbeit nicht gelungen ist, hat die ar-

beiterfeindliche Reichstagsmehrheit mit der unternehmerfreundlichen Regierung zustande gebracht.

Seitdem schreiten die Ideen der solidarischen Zusammengehörigkeit rüstig vorwärts. Die Angst und Furcht ist geschwunden, denn unsere Kollegen und Kolleginnen sagen sich: Lieber kämpfend sterben, als hungern und den Tod. Die vergangenen Jahre brachten allerdings noch keine allgemeinen Lohnkämpfe mit sich. Da und dort flammte es wie Wetterleuchten auf und wurden Forderungen an die Fabrikanten gestellt. In diesem Jahre dagegen sehen wir die Arbeiterschaft auf einer breiten Linie im Vormarsch zum Kampfe. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den bedeutenden Industrieorten sind eifrig daran, einen Ausgleich im Lohneinkommen gegenüber den rigorosen Steuerungsverhältnissen zu schaffen. Die Kämpfe werden an die Organisation die höchsten Anforderungen stellen, da uns hier als Gegner der millionenreiche Großfabrikant entgegentritt. Außerdem finden wir in diesen Kreisen die reaktionärsten Ansichten über die Gewerkschaften und korporativen Arbeitsverträge vertreten. Diese Gesichtspunkte können uns aber keineswegs veranlassen, von unserm Vorgehen Abstand zu nehmen. Wir werden auch mit dem millionenreichen Großkapitalisten den wirtschaftlichen Kampf ausfechten. Vorbedingung dessen ist allerdings der restlose Anschluß aller an die gewerkschaftliche Organisation. Soll der Sieg an das Banner des Verbandes gekettet werden, dann muß auch der letzte in den Reihen der Kämpfenden stehen.

Säumt daher nicht länger, ihr Sklaven in der braunen Industrie, sondern folgt dem Ruf eurer kämpfenden Klassengenossen. Eure Kinder schreien nach Brot, weil sie sich in diesen Zeiten nicht sattessen können! Eure Frauen müssen mithelfen zur Erhöhung des Einkommens durch Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Fabrikanten. Und das Unternehmertum fordert von Euch das Opfer, Eure Kinder im zartesten Alter ihm zur Ausbeutung und zur Lohndrückung gegen den eigenen Vater auszuliefern!

Herbststürme brausen durch die Lande! Hört Ihr nicht den Ruf: Hinein in die Organisation! Durch Kampf zum Sieg!

Gegen die positive Arbeit und Werbekraft der modernen Arbeiterbewegung.

I.
Der Schrecken.

Nichts fürchten die Reaktionäre so sehr wie die fruchtbare positive Arbeit des organisierten Proletariats. Sei es nun, daß die Arbeiterbewegung auf dem wirtschaftlichen, sozialen oder parlamentarischen Gebiete positive Arbeit im Interesse des arbeitenden Volkes, im Interesse des allgemeinen Fortschritts leistet, immer bildet diese positive Arbeit einen ständigen Anlaß tiefer Deurückung der reaktionären Kreise.

Schon frühzeitig erblickte die Reaktion, erblickten die Volksfeinde in der positiven Arbeit der erst langsam, dann immer schneller erstarkenden Arbeiterbewegung eine wachsende Gefahr für ihre Ausbeutungs- und Regierungsfreiheit. Denn je mehr die moderne Arbeiterbewegung erstarkte, desto mehr positive Arbeit konnte sie im Interesse des arbeitenden Volkes leisten, und je mehr positive Arbeit die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Arbeiterbewegung leistete, desto mehr erstarkte sie auch.

Daher suchten die Arbeiterfeinde aller Richtungen in ihrem Bemühen, das für sie gefährdrohende Anwachsen der Arbeiterbewegung zu erschweren und zu hinterreiben, die positive Arbeit des organisierten Proletariats hinwegzuleugnen oder doch anzuzweifeln. Die positive Arbeit der modernen Arbeiterbewegung war der Schrecken, der den Arbeiterfeinden die Knie schlößern machte, der sie immer wieder zu verlogenen Kampfmitteln greifen ließ. Die von

der Arbeiterbewegung noch nicht ergriffenen Massen des arbeitenden Volkes durften nun einmal nichts von der kulturfördernden positiven Arbeit der Arbeiterbewegung erfahren, damit sie nicht von der Werbekraft dieser verhassten Bewegung berührt und eingenommen würden.

Doch alle Bemühungen der Reaktion waren umsonst. Die moderne Arbeiterbewegung wuchs und wurde stärker und leistungsfähiger mit jedem Tage, mit jedem Erfolge. Besonders waren es die Gewerkschaften, die durch eine kräftige Entwicklung zu einem mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben, zu einer wirksamen Interessenvertretung der arbeitenden Klassen wurden. Durch die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes leisteten die Gewerkschaften eine positive Arbeit, die von den Arbeiterfeinden nicht aus der Welt diskutiert werden konnte, die aber eine ungeheuer wirksame Kraft auf die Massen des arbeitenden Volkes ausübte. So konnte im Laufe dieses Jahres der Metallarbeiterverband die hoch erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß sein obligatorisches Organ eine Auflage von 500 000 Exemplaren überschritten hatte. Mit Schrecken nahm die Reaktion, besonders das industrielle Unternehmertum, von dieser Tatsache Kenntnis, mit Schrecken wurden die Arbeiterfeinde aller Richtungen inne, daß alle ihre Bemühungen umsonst gewesen waren. Durch die weitere hoch erfreuliche Feststellung, daß der achte Gewerkschaftskongress, der in Dresden tagte, die Interessen von rund zwei einviertel Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter wahrzunehmen hatte, wurde der Schreck und die Unruhe der Reaktion noch gesteigert. Denn die positive Arbeit von zweieinviertel Millionen organisierter Arbeiter ist eine ganz gewaltige und kann von keiner Macht mehr aufgehalten oder vernichtet werden.

Einen ganz besonders großen Schrecken hat aber der achte Gewerkschaftskongress dem industriellen und agrarischen Scharfmachertum mit dem Beschluß eingejagt, an die Gründung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Familienversicherung- und Unterstützungskasse heranzutreten. Ein Beweis, wozu großen Wert dieser Beschluß hat, so daß es gerechtfertigt ist, wenn immer wieder auf ihn hingewiesen wird. Die einflussreichen agrar-konservativen Scharfmacher appellierten bereits an die Staatsautorität, um die moderne Arbeiterbewegung durch weitere ausnahmsweise Maßnahmen noch mehr an der positiven Arbeit zu hindern, als das schon ohnehin durch gesetzliche Maßnahmen geschehen ist.

Um diesen Zweck zu erreichen, ist den Arbeiterfeinden jedes Mittel recht. So wurde fröhlich darauflos behauptet, daß von den Ueberschüssen dieser Kasse die Kosten der staats- und gesellschaftsfeindlichen Agitation der modernen Arbeiterbewegung gedeckt werden sollen. Wahr ist, wie unsere Leser wissen, daß die Ueberschüsse den Versicherten selbst zugute kommen sollen und werden. Weiter verwechselt man gewöhnlich die Gewerkschaftsbewegung mit der Sozialdemokratie und sagt ihr nach, daß sie die Konsumvereinsbewegung ihren agitatorischen und staatsfeindlichen Zwecken dienlich machen wolle. Wahr ist, daß die Sozialdemokratie gar nichts mit der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse zu tun hat. Doch der Zweck heiligt die Mittel. Für die Arbeiterfeinde handelt es sich darum, die positive Arbeit der modernen Arbeiterbewegung auszuschalten, um ihr vor allen Dingen die Werbekraft zu nehmen. Wie dieses Ziel erreicht wird, das ist ihnen gleichgültig, wenn es nur erreicht wird!

Kennzeichnend ist das Vorgehen der konservativen „Kreuzzeitung“. Sie schrieb unter anderem: „Es fragt sich nun, ob der Staat diesem Unternehmen gegenüber sich gleichgültig verhalten soll. An und für sich wird dagegen, daß sich Vereine eine Unterstützungskasse schaffen, nichts eingewendet werden können.“ Weil aber nichts dagegen eingewendet werden kann, greift man zu dem verwerflichen Mittel der Entstellung und Verleumdung. Was sich da die „Kreuzzeitung“ leistet, das ist außerordentlich bezeichnend für den Tiefstand der Kampfweise der Reaktion. Das Blatt schreibt weiter: „Anderes aber liegt die Sache, wenn man erfährt, daß für diese Kasse nicht nur eine ungeheure Agitation entfaltet, sondern daß auch das Konsumvereinswesen für den Agitationszweck in Anspruch genommen werden soll. — Was aber auf jeden Fall verhindert werden muß, das ist der von der Sozialdemokratie (gemeint sind die Gewerkschaften) geplante Mißbrauch der Bezeichnung ihrer Unterstützungskasse als „Volkswirtschaft“. Das ist ein Name, der einem lediglich für sozialdemokratische Parteizwecke (!) gegründeten Unternehmen auf keinen Fall zukommt und der auch hinsichtlich unserer nationalen Arbeiterversicherung, die eine wirkliche Volkswirtschaft darstellt, nur irreführend wirken müßte.“

Zugleich macht das Blatt gegen die Konsumvereine scharf: „Es handelt sich hier um einen Anfang von Monopolisierung, dem jedenfalls auf irgendeine Weise entgegengetreten werden muß. Die Monopolisierungsgelüste sind namentlich in der sozialdemokratischen Konsumvereinsbewegung sehr lebhaft. Die Vereine suchen schon jetzt den Verkauf von Massenartikeln unter den organisierten Arbeitern und deren Familien zu monopolisieren und schädigen damit auf das empfindlichste unser Kleingewerbe. Sie streben aber auch vermittels ihrer Einkaufsgenossenschaft die Eigenfabrikation von Massenbedürfnissen, die Ausschaltung des Großhandels und bestimmter Produktionsgruppen an. Es wird also nicht länger angehen, daß man der durch die Sozialdemokratie forcierten Entwicklung der Konsumvereine ruhig zusieht.“

Der hasserfüllte, vergiftende Kampf der Arbeiterfeinde richtet sich gegen alles, was das organisierte Proletariat im Interesse des Fortschritts unternimmt.

Der vierte Verbandstag der österreichischen Bäckereiarbeiter in Wien.

Im Wiener Arbeiterheim begann am 8. Oktober der vierte Verbandstag unserer österreichischen Bruderorganisation; vertreten waren 96 Delegierte, von denen allerdings ungefähr der dritte Teil auf Wien selbst entfällt, da dort in jedem Stadtbezirk eine selbständige Ortsgruppe mit Delegationsrecht besteht. Als Vertreter des internationalen Sekretariats nahm Kollege Mann an den

Verhandlungen teil; Kollege Weibler vertrat den deutschen Zentralverband, Kollege Adax-Wien den Reichsverband der Zuckerbäcker Oesterreichs und Kardics-Budapest den ungarischen Lebensmittelarbeiterverband.

Aus dem Bericht des Vorstandes entnehmen wir: Die Zahl der Mitglieder hat sich in den letzten drei Jahren von 6340 auf 7828, also um 1488 vermehrt. Die Einnahmen betragen 1908 266 795 Kronen, 1909 245 715 Kronen und 1910 268 301 Kronen, die Ausgaben in derselben Reihenfolge: 240 410, 233 766 und 244 170 Kronen. Davon wurden nur für Unterstützungen in den drei Jahren ausgezahlt: 100 218, 109 551 und 111 383 Kronen. Im laufenden Jahre wird sich die Summe wiederum bedeutend erhöhen. Die Hauptaktion in den letzten Jahren war dem Bäckerschutzgesetz gewidmet, das mit aller Energie gefordert wurde.

Ueber Organisation und Agitation referierte Kollege Zipper. Er wies von vornherein darauf hin, daß von einem weitgehenden Ausbau des Unterstützungswesens nicht die Rede sein könnte, da dies sonst den Bankrott der Organisation bedeuten könnte. Der Vorstand wäre sich aber darüber schlüssig, daß nur einige der in dieser Richtung gestellten Anträge Berücksichtigung finden könnten; der Vorstand selber schlägt eine U m z u g s unterstützung vor, um hierdurch den schon oft laut gewordenen Wünschen der Mitglieder entgegenzukommen. Auch ist man damit einverstanden, daß den reisenden Kollegen eine freie Schlafstätte schon nach 26 Wochen, nicht erst, wie bisher, nach einem Jahre, gewährt werden kann. Von den weiter vorliegenden Anträgen des Vorstandes erwähnte der Referent noch besonders: „Mit jedem ordentlichen Beitrag hat das Mitglied einen Zuschlag von 2 Heller für den Solidaritätsfonds zu leisten.“ Es soll damit einem Beschluß des österreichischen Gewerkschaftskongresses Rechnung getragen werden. Ferner wird vorgeschlagen, daß die Mitglieder im ersten Jahre nur eine Mitgliedsarte (wie im deutschen Verbands) erhalten. Zipper kommt ferner auf die von verschiednen Seiten aufgeworfene Frage einer Verschmelzung des Reichsbereins der Zuckerbäcker mit dem Verbande der Bäcker zu sprechen. Der Reichsberein hat auf seiner letzten Generalversammlung sich im Prinzip für eine Verschmelzung ausgesprochen. (Aber in der Organisationsleitung ist zum Teil leider eine Gegenströmung vorhanden. Man glaubt dort, daß durch eine solche Vereinigung nur die Bäcker Vorteile hätten.) Trotz mancher zu erwartenden Schwierigkeiten, die ja vielleicht zu überwinden wären, solle man gleichfalls prinzipiell einer Verschmelzung zustimmen und dem Vorstand vorläufig Vollmacht zu weiteren Verhandlungen geben.

Während der Bericht des Vorstandes fast ohne Diskussion hingenommen worden war, knüpfte sich an Zipper's Referat eine lebhafte und lange Debatte; schließlich wurde der Antrag, betreffend Solidaritätsfonds, einstimmig angenommen, ebenso der Antrag auf Einführung der Mitgliedsarte und der U m z u g s unterstützung mit der Aenderung, daß sie erst nach dreijähriger Mitgliedschaft und wenn mindestens 104 Beiträge gezahlt sind (in Oesterreich ist bei Arbeitslosigkeit eventuell Beitragsbefreiung möglich), geleistet wird. Die Reiseunterstützung wird durch ein Tourenbuch geregelt werden und soll 1 Krone bis 1 Krone 50 Heller betragen. In bezug auf das Wahlreglement zu den Verbandstagen wird ein Antrag angenommen, wonach auf 50 bis 100 Mitglieder ein Delegierter, und für jedes weitere Hundert ein weiterer Delegierter bis zur Höchstzahl von drei entfällt; Mitgliedschaften unter 100 Mitgliedern sind zu Wahlgruppen zu vereinigen. Zur Förderung der Gewinnung von Lehrlingen wird beschlossen, die Mitgliedschaften aufzufordern, nach Möglichkeit Sektionen des Verbandes der jugendlichen Arbeiter zu errichten und Vertrauensmänner zu ernennen, die sich mit der Organisation der Lehrlinge beschäftigen. Mitgliedern des Verbandes der jugendlichen Arbeiter, die diesem als Lehrlinge ununterbrochen angehört haben und innerhalb acht Wochen nach ihrem Freiwerden der Organisation beitreten, wird die Hälfte der Mitgliedsdauer in Anrechnung gebracht. Eine ganze Anzahl Anträge, die sich mit Anstellung von Gauleitern oder Sekretären und Schaffung von Agitationsgebieten befassen, werden dem Vorstände übermiesen, ebenso alle Anträge, die eine Verschmelzung mit dem Reichsberein der Zuckerbäcker behandeln. In der Debatte wurde recht hartnäckig eine besondere Rücksicht auf Galizien (in agitatorischer Beziehung) gefordert und die Notwendigkeit hierzu auch durch Darlegung der dortigen überaus traurigen Verhältnisse den Delegierten klarzumachen gesucht. Unter anderem wurde sogar die Herausgabe eines Organs in jüdischer Sprache gewünscht. Genosse Zipper wies allen diesen Anregungen gegenüber darauf hin, daß für Galizien die Organisation schon getan habe, was irgend möglich, und sie dies auch ferner tun wolle, daß aber nicht U n m ö g l i c h e s verlangt werden könne.

Genosse Silberer (der jetzt auch Reichsratsabgeordneter ist) referierte dann über: „Lohnbewegungen und Streiks“. Er verwies auf die Notwendigkeit weiterer Rüstungen und zeigte, in welcher Weise heute die Unternehmer im Gegensatz zu früher zu kämpfen wissen und welche schönen Mittel sie anwenden, um möglichst alle Forderungen der Gesellen illusorisch zu machen. Das habe sich ja erst kürzlich auch wieder in Ungarn gezeigt, und der in Budapest errungene Sieg mache nun auch die österreichischen Meister in ihrem Auftreten immer brutaler. Deshalb sei auch bei der bevorstehenden Bewegung in Wien (die Organisation hat den laufenden Tarif gekündigt) auf einen großen Widerstand zu rechnen, und müsse der Verband in jeder Richtung schlagfertig sein und somit noch bedeutend besser ausgebaut werden. Ganz besonders machte Silberer auf die christlich-soziale Streikbrechertaktik in Wien aufmerksam, der man aber jetzt einen Riegel inforschen vorgehoben habe, indem man den Christen offiziell auch von den einzelnen Betriebsbewegungen Kenntnis gibt und die Gesellschaft insoweit nicht mehr die Ausrede gebrauchen kann, sie wäre nicht zur Solidarität verpflichtet, weil man sie nicht in der Bewegung haben wolle. In die wieder etwas breit auseinanderfallende Diskussion griff der internationale Sekretär ein und empfahl, ein gutes deutsches Beispiel nachzuahmen, d. h. einen Beschluß zu fassen dahingehend, daß bei Streiks solche Mitglieder, die bereits zu neuen Bedingungen arbeiten,

statutarisch zu einer Extrasteuer in Höhe von 10 pZt. des verdienten Arbeitslohnes herangezogen werden können. Ein solcher Beschluß werde der Meisterschaft beweisen, daß die Gesellen stets alles an einen Sieg setzen. Die kräftige Anregung wurde von Silberer später zu einem entsprechenden Antrage erhoben und dieser auch schließlich unter lebhaftem Beifall fast einstimmig angenommen, obgleich er von einer Beratungskommission erst mit Stimmengleichheit abgelehnt worden war.

Der Verbandstag nahm noch weiter ein Referat über die soziale Gesetzgebung in Oesterreich entgegen. In der Wahl zum Verbandsvorstand wurden die Angestellten Zipper und Silberer wieder in ihren Funktionen bestätigt, während bei der Besetzung der andern Vorstandsposten zum Teil recht unliebliche Debatten entstanden; die meisten Wiener Ortsgruppen hatten anscheinend den Wunsch, möglichst alle im Vorstande vertreten zu sein. Da dies schlecht ging, war die Lösung eine recht langwierige.

Die ganzen Verhandlungen dieses vierten Verbandstages und die gefassten Beschlüsse bezeugten, daß unsere Bruderorganisation gegenwärtig ihre Hauptaufgabe darin sieht, ihre Kampffähigkeit noch mehr zu erhöhen. Alle wichtigeren Anträge aus den Ortsgruppen, das schon reichlich entwickelte Unterstützungswesen noch weiter auszubauen, wurden abgelehnt, dagegen allen Vorschlägen zur Stärkung der Kampfmittel zugestimmt. Das gibt uns die beste Gewähr, daß die Oesterreicher auf ihrem vorgezeichneten Wege immer schneller vorwärts schreiten werden und daß, wie bisher, sie auch in aller Zukunft sich in der Geschichte der internationalen Bäckerbewegung einen der ersten Plätze sichern werden.

Blinkmanns Helfer in der Not.

Zu dem unter dieser Ueberschrift in der letzten Nummer erschienenen Artikel erhalten wir von D. G. D. Blinkmann durch den Notar Cabory nachstehende Zuschrift:

An die Redaktion der „Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“.

Hamburg, Besenbinderhof 57.

Zu dem in Nr. 41 enthaltenen Artikel: „Blinkmanns Helfer in der Not“ ersehe ich um Aufnahme nachstehender Berichtigung gemäß § 11 des Preßgesetzes:

Es ist unklar, daß sich bei dem Hamburger Bäckerstreit die Innungsführer unter meinem Vorantritt an ein „Streifbrecherverbandbureau“ gewendet haben. Es ist ferner unklar, daß ich mit einer moralisch nicht einwandfreien Gesellschaft unter einer Decke gearbeitet habe zur Niedertrüppelung der Organisation. Es ist unklar, daß ich behufs Zutrieb von Streifbrechern mit einem Menschen direkt oder indirekt in geschäftliche Beziehungen getreten bin, gegen den nach Aussage vor Gericht zahlreiche Prozesse wegen Betruges schweben.

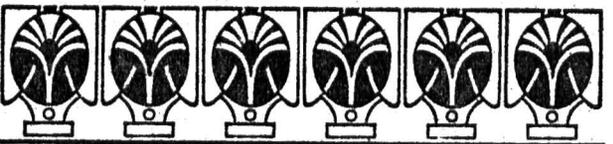
Wahr ist, daß weder ich noch sonstige Innungsführer noch die Innung überhaupt sich an irgendeinen gewerbsmäßigen Stellenvermittler gewendet haben. Wahr ist, daß ich weder direkt noch indirekt in geschäftliche oder sonstige Beziehungen zu dem Stellenvermittler Knoch getreten bin. Wahr ist, daß mir Knoch vollständig unbekannt ist und daß ich von ihm und seiner Tätigkeit zum ersten Male aus dem Artikel etwas erfahren habe.

Hamburg, den 14. Oktober 1911.

D. G. D. Blinkmann.

Der Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes war vollständig überflüssig, wir hätten auch ohne den Blinkmann'schen „Berichtigung“ die Aufnahme nicht verjagt, obwohl wir keine Ursache hätten, die „Berichtigung“, welche weit über den Rahmen des Preßgesetzes hinausgeht, zu veröffentlichen. Blinkmann berichtet korporativ für die „sonstigen Innungsführer“ und die „Innung überhaupt“, obgleich aus der Zuschrift hervorgeht, daß er hierzu keinen Auftrag hatte. Summarisch wird erklärt, daß weder die Innungsführer, noch die Innung, aber am allerwenigsten Blinkmann, sich direkt noch indirekt an ein gewerbsmäßiges Stellenvermittlungsbureau gewendet haben.

Nun heißt es: „Auch selbst wenn dritte Personen die Aufträge der Innung an die Agentur Knoch vermittelten, so trägt Blinkmann mit der Verantwortung als Vorstandsmittglied.“ Im Berichtigungseifer ist Blinkmann darauf überhaupt nicht eingegangen. Es bleibt also immerhin noch die Frage offen: „Wer hat Knoch den Auftrag zur Herbeischaffung von Streifbrechern gegeben, und wer bezahlt die Insertionskosten nach Streifbrechern in den Leipziger und Thüringer Tageszeitungen?“ Knoch wird die ihm entstandenen Auslagen nicht aus seiner Tasche bezahlen, sondern bei seinen Auftraggebern die Auslagen liquidieren haben.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 9. bis 15. Oktober gingen bei der Hauptkassse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für September: Stuttgart M. 488,50, Düsseldorf 225,75, Apolda 37,60, Crimmitschau 55,90, Schönebeck 22, Striegau 33,80, Osnabrück 32,40, Nürnberg 1453,60, Kiel 502,60, Limbach 32,10, Landsberg a. d. W. 23,80, Rostock 105,50, Lübeck 268,80, Wittenberg 37, Flensburg 138,70, Wartredwitz 24,50, Biberach 13,80, Homburg v. d. S. 54,50, Bremerhaven 114,10, Harburg 168,30, Rützingen 116,10, Dortmund 173, Meuselwitz 54,40, Rosenheim 194,80, Colmar 11,20, Straubing 49,90, Bernburg 41,30, Amberg 73,70,

Utenburg 67,80, Schmöln 25,10, Mannheim 562,30, Grefeld 48,80, Braunschweig 285,10, Sonneberg 111,80, Gera 122,20, Eberfeld 405, Saarbrücken 102,70, Freiburg 98,90, Reiz 286,55, Bielefeld 294,60, Hof 38,10, Bochum 92,50, Oldenburg 37,90, Hagen 49,30, Gelsenkirchen 59, Reiz 27,30, Augsburg 86,30, Böhmiß 64,4, Kaiserslautern 22,20, Rudolstadt 45,70, Leipzig 1307,40, Wiesbaden 410, Mainz 176,30, Darmstadt 83,10, Eslingen 36,20, Hildesheim 21,20, Langenmünde 64,70, Waldenburg 41,10, Vegeack 58,90, Erfurt 36,60, Mühlhausen 76,60, Chemnitz 348, Breslau 427,90, Passau 98,90, Bad Reichenhall 105,40, Forst 34,20, London 109,95.

Für August und September: Plneburg M. 80,40. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: B. W. Schweidnitz M. 3, G. M. Norburg 5, J. N. Wildenhain 10, W. W. Tarnstedt 6,50, G. N. Wifeld 34,50.

Für Abonnements und Annoncen: Schw. und P. Cella M. 2,70, M. L. Fulda 3, St. und H. Homberg 6, P. R. Chemnitz 1,50, A. U. Dresden 4, Grimmitzbau 2,10, Kiel 3,60, Harburg 3,30, Nürtingen 6, Nürnberg 3,60, Saarbrücken 3,60, Breslau 12,60, Gera 2, Zentralfrankentasse Lübeck 10,80, Braunschweig 15,10, Wiesbaden 4,80, London 2,10.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung": N. Bens M. 14,40, Nürnberg 2.

Mit der Abrechnung an die Hauptkasse restieren für September: Colbus, Danzig, Friedberg, Gießen, Königsberg, Leisnig, Lüdenscheid, Plauen, Remscheid, Schweinfurt, Schwerin, Slettin, Traunstein, Uetersen, Weipenfeld, Weißwasser.

Abrechnung ohne Geld gesandt: Bayreuth, Görtitz, Jena, Jümenau, Neumannstern, Brandenburg, Suhl.

Geld ohne Abrechnung: Spremberg.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Spätestens am 21. Oktober ist der 43. Wochenbeitrag für 1911 (22. bis 28. Oktober) fällig.

Aus den Bezirken. Bayreuth. Das Verehrsdotal der Verbandskollegen ist die Wirtschaft „Zur Zentralthalle“. Viberach a. Rh. Die Adresse des Kassierers ist: Viktor Neuburger, Kronenstr. 23.

Sterbetafel. München. Adolf Gehring, am 28. September gestorben im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit. Schwerte. Erhard Regler, Bäcker, gestorben am 10. Oktober infolge eines Unglücksfalles. Ehre ihrem Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks. (Die Berichterstatter über Lohnbewegungen werden ersucht, bei allen Meldungen über erfolgte Tarifabschlüsse auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen anzugeben.)

Bäcker. Tarifverneuerung bei Gebr. Schubert, Brotfabrik in Halle a. d. S. Die Kollegen der Brotfabrik Schubert hatten dem Fabrikanten durch die Organisation den Wunsch, eine Feuerungszulage zu gewähren, unterbreitet. In erfreulicher Weise stehen jetzt die Kollegen geschlossen in der Organisation. Noch vor zwei Jahren war es nicht möglich, sie zur Einigkeit zu bewegen. Die Unternehmer erkannten gleich die Verrechnung der Forderungen an, und es wurde dann seitens der Bezirksleitung in Unterhandlungen eingetreten. Bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, daß die Unternehmer nur dann eine Zulage, bewilligen wollten, wenn der bestehende Tarif um drei Jahre verlängert würde. Dazu konnten sich die Arbeitervertreter unter keinen Umständen erklären und mußten in dieser Sache noch ein zweites Mal verhandeln. Bei dieser Verhandlung wurde dann die Aufhebung des ersten Tarifs vollzogen und ein neuer mit bedeutenden Verbesserungen abgeschlossen. Die Kollegen erhalten eine sofortige Lohnzulage von M. 2 und am 1. Juli 1912 noch einmal M. 2. Ferner werden die Lebensunterstände höher bezahlt. Ferien erhalten die Beschäftigten, wenn sie vor dem 1. Januar in Arbeit getreten sind, jährlich eine Woche. Bei Krankheiten und militärischen Übungen wird der Lohnausfall bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre bis drei Jahre eine Woche, dann zwei Wochen weiterbezahlt. Die Arbeitsvermittlung geschieht durch den Verbandsarbeitsnachweis. Der Vertrag ist gültig bis 1. Juli 1915, und wenn die Kündigung einen Monat vorher nicht erfolgt, so besteht er auf ein weiteres Jahr. Dem Verträge unterstehen 14 Kollegen. Pflicht dieser ist es nun, ihren Mann in der Organisation voll und ganz zu stellen, damit auch recht bald in den übrigen Betrieben ein Vorstoß unternommen werden kann.

Die Wiederaufnahme des Lohnkampfes in Leipzig. Am Donnerstag, 12. Oktober, nahm eine vom Gesellen-ausschuß einberufene, zahlreich besuchte Versammlung im Lokal „Sankt-Johann“ Stellung zu den Vereinbarungen und Zugeständnissen, die in den gemeinsamen Verhandlungen mit der Innung vor dem Streik in Aussicht gestellt wurden, deren Verwirklichung aber bis zur Stunde auf sich warten läßt.

Der Altgenosse Hugo Harnisch gab bekannt, daß der Gesellen-ausschuß gewillt sei, nunmehr an die Innung heranzutreten und sie daran zu erinnern, ihr Versprechen einzulösen. Es müsse endlich den nicht am Streik beteiligten Kollegen ihr Recht zuteil werden. Die versprochenen Zugeständnisse der Innung seien folgende: Der Minimallohn beträgt für Ausgelernte im ersten Gesellenjahr M. 9,50, für die übrigen Gesellen M. 10 pro Woche. Verheirateten Gesellen und solchen, die das 24. Lebensjahr überschritten haben, wird das Recht zuerkannt, außerhalb

des Betriebes Wohnung zu nehmen. Für Kost werden M. 9 und für Logis M. 3 wöchentlich berechnet. Diejenigen Gesellen, die bereits außer Kost und Logis sind, erhalten eine Zulage von wöchentlich M. 1. Die Lohnzahlung erfolgt an einem Wochentage. Ueberstunden werden mit 50 % bezahlt. Zuschüsse werden für die ersten drei Tage pro Tag mit M. 4 und für weitere Wochentage im Wochenlohn berechnet. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige täglich, mit Einschluß einer einstündigen Mittagspause. Der sechs- und dreißigstündige Ruhetag soll im ersten Jahre in drei und jährlich fortlaufend bis zu acht Fällen im Jahre bewilligt werden. Harnisch empfahl den Versammelten, diese versprochenen Zugeständnisse anzunehmen und den Gesellen-ausschuß zu beauftragen, mit der Innung darüber zu verhandeln. In der äußerst lebhaften Debatte wurden Bedenken laut, ob es dem Gesellen-ausschuß überhaupt gelingen werde, neben dem teilweise eingeführten Tarif für die Gesellen etwas Ersprießliches zu erwirken. Um etwas Einheitliches zu schaffen, wurde bei Stimmenthaltung der in den Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Gesellen folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Versammlung beauftragt den Gesellen-ausschuß und die Verbandsleitung, gemeinschaftlich mit der Leipziger Bäckerinnung Verhandlungen anzubahnen betreffs Neu-aufnahme der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien Leipzigs, und zwar auf der Grundlage des jetzt bestehenden Lohn- und Arbeitstarifs.“

Fabrikbranche. Die Lohnbewegung in Dresden. Am 11. Oktober fand im „Kristallpalast“ eine Mitgliederversammlung statt, die den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte. Kollege Meymann berichtete über die Antworten der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen und den Stand der Bewegung. Er verwies zunächst darauf, daß bei früheren Einzeldifferenzen die Unternehmer schließlich mit Verbandsvertretern verhandelten, wenn sie diese auch nicht offiziell als solche anerkennen wollten; sie wünschten in solchen Fällen nur, daß diese gewissermaßen als Privatpersonen gelten sollten. Diesmal wäre aber noch von keiner Seite ein solcher Vorschlag gekommen; denn die eingelaufenen Antworten auf unsere Tarifvorlage — es waren überhaupt nur sieben Antwortschreiben eingelaufen — wären alle direkt oder indirekt ablehnend. Es sei dies aber verständlich; denn offenbar beruhe es auf einem Beschluß, den die Schokoladenfabrikanten in ihrer Organisation gefaßt haben, nämlich, mit Organisationsvertretern jetzt überhaupt nicht mehr zu verhandeln. Meymann ging dann auf die einzelnen Antworten ein. Die Mehrzahl der Unternehmer erklärte mehr oder weniger brüsk, daß sie nur mit ihren Leuten verhandeln wollten und lehnten ein näheres Eingehen auf den Inhalt der Forderungen ab, wenn sie dieselben nicht von vornherein als ganz undisputierbar erklärten.

Charakteristisch ist die folgende Antwort der Firma Krause & Beyer in Copik a. d. E.: „... erwidern wir Ihnen, daß wir prinzipiell eine Unterhandlung mit Ihnen ablehnen. Wenn ein Arbeiter oder eine Arbeiterin mit ihrem jetzigen Verdienst nicht zufrieden ist, dann steht es jedermann frei, bei uns persönlich vorstellig zu werden oder aber dahin zu gehen, wo sie glauben, mehr verdienen zu können. Herr Meymann ist bekannt, daß unsere Leute doch durchschnittlich schon mehr verdienen, als Sie laut Tarifentwurf verlangen, und im übrigen erklärten Ihre bei uns beschäftigten Mitglieder auf Befragen, daß sie der Bewegung fernstünden und mit ihrem jetzigen Verdienst zufrieden seien.“

Nachdem das ablehnende Schreiben des Unternehmerverbandes eingelaufen war, wurde auch noch sofort das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen und bis spätestens heute eine Antwort erbeten. Auch hier haben die Herren dem Gewerbegericht erklärt, daß es für sie nicht opportun sei, mit unserer Organisation zu verhandeln.

Meymann kennzeichnete das Verhalten der Unternehmer treffend, verlangte aber, daß die Kollegenschaft trotzdem jetzt ruhig Blut behalte. Was von verschiedenen Seiten verlangt werde, daß jetzt sofort die Arbeit niedergelegt werden solle, dürfe nicht eintreten; wir hätten alle Ursache, der Arbeiterschaft und dem konsumierenden Publikum zu beweisen, daß wir bemüht sind, unsere Bewegung friedlich durchzuführen, und die Organisationsleitung ersuche deshalb um Ermächtigung, nun den Versuch machen zu dürfen, jetzt trotz alledem einzelnen Unternehmern persönlich Verhandlungen anzubieten.

Die Diskussionsredner widersprachen diesem Vorschlage zum Teil auf das entschiedenste und forderten, möglichst schnell den Streit zu erklären, da die Firmen infolge der vermehrten Einstellungen mit ihren Lieferungen sonst fertig würden. Man habe nicht Ursache, bei den Fabrikanten zu betteln und zu bitten, sondern was wir forderten, sei unser gutes Recht, und die Forderungen hätten von Rechts wegen schon längst erfüllt sein müssen. Streikredner wären auch schon da; also müsse schnell gehandelt werden. In seinem Schlußwort wies Meymann alle Bedenken gegen die Vorschläge der Organisationsleitung nochmals zurück und konnte mit guten Gründen beweisen, daß es doch eine Reihe von Fabrikanten gibt, die froh wären, wenn wir nur kommen wollten, um eine Einigung in letzter Stunde zu ermöglichen. Nicht alle Arbeitgeber folgten den Weisungen der Unternehmerorganisation willig.

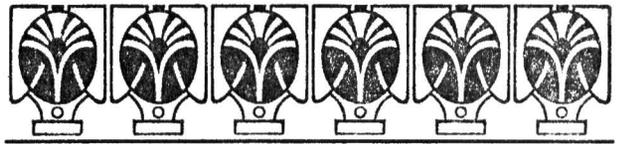
Nachdem der Versammlungsleiter wiederholt versichert hatte, daß in höchstens drei bis vier Tagen die Entscheidung über die Betriebe, die zu keiner Verhandlung zu bewegen sind, fallen werde, wurde auch fast einstimmig den gemachten Vorschlägen zugestimmt. Vor der Versammlung hatten sich noch mehr als 100 Kollegen und Kolleginnen in den Verband aufnehmen lassen.

Auf Grund dieses Beschlusses fanden in den letzten Tagen Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern statt, die aber nur in zwei Waffelbetrieben zu einem annehmbaren Ergebnis führten, und, nachdem nochmalige Versuche, mit der Gesamtheit der Fabrikanten in Verbindung zu kommen, zwar nicht ganz resultatlos verlaufen waren, aber nur die Tatsache zeigten, daß weitere Zugeständnisse ab-

gelehnt wurden, tagten am Sonntag, 15. Oktober, zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen, die zu der Bewegung erneut Stellung nahmen. Sie wiesen wieder eine kolossale Beteiligung auf. Die Verbandsleitung schlug der Kollegenschaft vor, nunmehr die einzelnen Positionen des Tarifs einer Revision zu unterziehen und einzelne Punkte, die bei den Verhandlungen bisher zu große Schwierigkeiten gemacht hatten, etwas herabzusetzen, diesen revidierten Tarif aber dann als Ultimatum den Unternehmern sofort zuzustellen und bis Montag mittag 11 Uhr die Bewilligung zu fordern. Wo bis dahin diese nicht vorliege oder nicht bereits zu dieser Zeit entsprechende Verhandlungen eingeleitet hätten, müsse zu mittag geschlossen die Arbeit niedergelegt werden. In Betracht kamen zunächst die Firmen Hartwig & Vogel, Behold & Uulhorn, Niedel & Engelmann, Selbmann, König, Rynast, Lippold und Schiebler. Die andern würden entweder gleich in den nächsten Tagen folgen oder (wie die Schaum- und Waffelbetriebe) möglichst bald nachgeholt werden.

An der geheimen Abstimmung über diese Vorschläge beteiligte sich nur die Arbeiterschaft der betreffenden Betriebe — es stimmten dafür 1624, dagegen 43. Die Arbeit wird also Montag, den 16. Oktober, überall dort eingestellt, wo bis dahin noch keine Einigung erfolgte.

Halte jeglichen Zuzug nach Dresden auf das strengste fern!!!



Korrespondenzen. (Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einreichungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker. Bremerhaven. Am 1. Oktober fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war: 1. Vortrag: „Die kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften“; 2. Wahl eines Kinderschuttkontrolleurs; 3. Weihnachtsspiel betreffend. Ueber: „Die kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften“ sprach Kollege Raffen aus Bremen. Derselbe schilderte die Zustände im Handwerk, die verbesserungsbedürftig seien, und kam zu dem Schluß, man könne mit dem Ausspruch des Herrn Thomas aus Münster einverstanden sein, der da sagte: Die Handwerksmeister fristen ihr Leben auf Kosten der Gesellen. Auch müsse man den Abmachungen der nationalen Gewerksvereine mit den Christlichen einige Beachtung schenken; denn was hier im kleinen geschehen ist, kann auf der ganzen Linie durchgeführt werden. Kollege Raffen streifte dann noch die jetzigen Zustände im Bremer Bäckergewerbe und meinte, wenn die Bremer Bäckermeister weiter so tarifbrüchig würden, wie seit dem Abschluß des letzten Tarifs, dann würden die Bremer Bäcker nicht umhin können, den Tarif zu revidieren und vielleicht gemeinsam mit Bremerhaven neue Forderungen stellen. Als Kinderschuttkontrollleur wurde eine Resolution angenommen, die den sozialdemokratischen Ortsverein Geestemünde auffordert, am ersten Weihnachtstages den Bäckern den Saal zu überlassen, da es nur an diesem Tage möglich sei, einen Ball abzuhalten.

Hannover. (Gesinnungsumzug.) Herr Bäckermeister Frost, Hannover, Stephanusplatz, scheint vom „Kotkoller“ befallen zu sein. Als dieser Tage ein Vertreter des Verbandes den Gesellen des Meisters einen Besuch abstattete, verbat er sich diesen Besuch auf das bestimmteste und schimpfte mörderisch auf die „rote Bande“ und die „roten Lumpen“. Wir erwähnen diesen Vorfall nur aus folgenden Gründen: Im Jahre 1903 suchte Herr Frost, als ihn sein Meister, bei dem er als Geselle tätig war, windelweich geprügelt hatte und sich weigerte, den Lohn auszus zahlen, bei der „roten Bande“, dem Zentralverband, Schutz und Hilfe. Dieser sorgte denn auch dafür, daß Herr Frost sein Geld erhielt, indem Weber die Klage ausfocht. — Heute sind die Ketter in der Not „rote Lumpen“.

Karlruhe. Am 5. Oktober fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Vereinslokal statt. Wenn nicht alles trügt, so scheint jetzt wieder die Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit von den Mitgliedern zu schwinden und ein neuer Geist in die Organisation einzuziehen. Dies bewies auch die ganze Tagesordnung. Nachdem man den Kartellbericht, den der Kollege Fiedler gegeben, entgegengenommen und die Weihnachtsfeier dem Vorstande überwiesen hatte, wurde zur Erhebung eines Lokalbeitrages Stellung genommen. Der Antrag, einen Lokalbeitrag zu erheben, wurde vom Kollegen Kotschy begründet. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß es an der Zeit sei, dem gehässigen, demagogischen Bekämpfen der Organisation durch die Bäckermeister anders entgegen zu treten. Man war der Meinung, nichts unversucht zu lassen, selbst wenn es mehr Geld kosten sollte. In geheimer Abstimmung wurde der Antrag angenommen. Beschlossen wurde noch, einen Diskussionsklub zu gründen. Vom Kollegen Spittler wurde die Versammlung mit einem Appell an die Mitglieder, jetzt ihre ganzen Kräfte im Interesse der Organisation einzusetzen, geschlossen.

Magdeburg. Die Bäcker gesellen beschäftigten sich in einer am 3. Oktober im „Sachsenhof“ stattgefundenen Versammlung mit den Verhandlungen auf dem Bäckerinnungsverbandsstage. Die Beschlüsse dieser Tagung, welche uns die Wackzünftler als die größten Schatzmacher und Reaktionäre zeigte, als Leute, die in förmlich angeborener Arbeiterfeindschaft zu glänzen bestrebt sind, wurden gehörig unter die Lupe genommen. Danach wurde ein Gesetz zum größeren Schutze der Arbeitswilligen gefordert.

ein Gesetz zum Schutze vor dem „sozialdemokratischen“ (?) Vorkott; sie haben sich endlich entschieden gegen jede Sonntagsruhe ausgesprochen, das heißt alle Arbeiter im Bäckerberuf sollen weiter so wie bisher eine siebenstündige Arbeitswoche haben, das Jahr also an 365 Nächten arbeiten. Des weiteren wurde die unwahre Information des hiesigen Magistrats als Aufsichtsbehörde durch die hiesige Wäckerinnung besprochen. Zu diesem Punkte wurde der Innungssekretär eingeladen, der aber schriftlich mitteilte, daß „er als guter Patriot niemals sozialdemokratische Versammlungen besuche“. Was diese Versammlung mit der Sozialdemokratie zu tun hat, bleibt das Geheimnis des Innungssekretärs. Die Behandlung dieses Punktes zeigte, daß der Wäckerinnung kein Mittel so schlecht ist, um die verhasste Arbeiterorganisation zu bekämpfen. Ein gelber Jüngling, der nach rechter Reichsverbandsmanier zu retten versuchte, erlitt den verdienten Reinfall. Die außerordentlich gut besuchte Versammlung stand rüchhaltlos auf Seite des Referenten und verbürgt dieselbe einen weiteren guten Fortschritt der Organisation.

Nürnberg. (Sektion der Bäcker.) Die Mitgliederversammlung am 3. Oktober war sehr gut besucht. Genosse Schirmer hielt einen sehr lehrreichen, mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Kapital und Arbeit“. Zum zweiten Punkte behandelte Kollege Hechtel die Inkraftsetzung der neuen Unterstützungsätze ab 1. Oktober. Besonders erwähnte er die Kollegen, das neue Unterstützungsreglement genau durchzustudieren, so daß jeder Kollege im Falle der Unterstützungsanmeldung informiert ist, welche Unterstützung er auf Grund des neuen Unterstützungsreglements beziehen kann, da sich durch die Neueinführung der Klassenbeiträge wesentliche Änderungen im Unterstützungsmodus notwendig machen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Kollegen allmählich mehr der 75- $\frac{1}{2}$ -Beitragsklasse anschließen, da schon ein großer Teil Mitglieder der Fabrikbranche ebenfalls freiwillig den 75- $\frac{1}{2}$ -Beitrag bezahlen. Kollege Reinhard hatte Bedenken und meinte, nach den neuen Unterstützungsätzen wären die älteren Verbandsmitglieder benachteiligt. Kollege Lämmermann war gegenteiliger Ansicht; er befandete, daß gerade zum Nutzen der älteren Kollegen die Unterstützungsätze geändert wurden, und auch zum großen Teile zur Stärkung unserer Kasse, was sehr notwendig sei, nachdem unsere wirtschaftlichen Kämpfe von Jahr zu Jahr mehr Kosten verursachen. Sodann gab Kollege Hechtel die Abrechnung vom letzten Vergnügen bekannt, welche ohne Einwände angenommen wurde. Zugleich erinnerte er die Kollegen, speziell die vom Militär entlassenen, sich die „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“ anzuschaffen, weil sie für Reservisten zu dem ermäßigten Preise von M 2 abgegeben wird. Nach Bekanntgabe der nächsten öffentlichen Wäckergehilfenversammlung wurde die in guter Stimmung verlaufene Versammlung geschlossen.

Osnabrück. Ist im Wäckerberufe die Sonntagsruhe oder der sechsunddreißigstündige Ruhetag in der Woche durchführbar? Mit dieser Frage beschäftigte sich am Sonnabend, 7. Oktober, eine gut besuchte Versammlung der Wäckergehilfen. Der Referent, Kollege B. Diescher, erinnerte an die schweren Kämpfe um den zwölfstündigen Maximalarbeitsstag. Der gesetzlich festgelegte zwölfstündige Arbeitstag werde von den Meistern vielfach umgangen und nur dort respektiert, wo eine starke Gehilfenorganisation vorhanden sei. Der Referent erörterte sodann die Frage, inwieweit die vollständige Sonntagsruhe oder der wöchentliche sechsunddreißigstündige Ruhetag durchzuführen sei. Er berichtete über erfolgreiche Bewegungen in einer ganzen Reihe von Städten, wo die Gehilfen sich einen freien Tag in der Woche erkämpft haben. Die Befürchtungen, die von den Arbeitgebern geltend gemacht worden seien, wären nicht eingetroffen. Was aber in andern Städten durchführbar sei, das müsse sich auch in Osnabrück ermöglichen lassen. Derartigen Forderungen würden die Arbeitgeber aus freien Stücken nicht zustimmen, das hätte die diesjährige Parade der Wäckermeister in Stuttgart wieder klar und deutlich gezeigt. Für sie sei jede Forderung der Gehilfen, wenn es an den Geldbeutel gehe, unannehmbar. Selbst wo die Arbeitgeber teilweise für die Befreiungen der Gehilfen Verständnis zeigten, wären sie gegenüber der Mehrheit ihrer Kollegen machtlos. Redner, der vor langen Jahren in Osnabrück das Wäckerhandwerk erlernt hat, wies auf die Tatsache hin, daß damals in vielen Wäckerereien nicht einmal nachts, geschweige Sonntags gearbeitet wurde. Trotzdem habe sein Lehrmeister als Rentier sein Leben beschloffen. Er wies nach, daß technische Schwierigkeiten in bezug auf die Einführung des freien Tages auch in kleinen Orten leicht zu überwinden sind. Nur auf die Einigkeit der Gehilfen käme es an, um auch in Osnabrück deren Lage zu verbessern. Und da bleibe eben noch viel zu wünschen übrig. Die Kollegen dürften nicht eher ruhen, bis auch der letzte Kollege sich der Organisation angeschlossen hätte. Mit einem warmen Appell an die Versammelten, mitzuarbeiten, um den Wäckerberuf auf eine höhere Kulturstufe zu bringen, schloß Redner seine Ausführungen.

In der Diskussion sprachen alle Redner in zustimmendem Sinne. Fünf Kollegen traten dem Verbands bei.

Regensburg. Am 2. September hielt die Tarifkommission vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt unter dem Vorsitz des Rechtsrats Dr. Wild eine Sitzung ab, um verschiedene tarifliche Streitfragen zu erledigen. Nach Aufklärung verschiedener Punkte einigte man sich, und der Vorsitzende bemerkte zum Schlusse, die Sitzung solle doch endlich einmal dahin geführt haben, den Frieden im Wäckerberufe zu erhalten. Besonders legte Dr. Wild dem Innungsoberrmeister Lehner ans Herz, als Führer der Innung für Einhaltung des Tarifs Sorge zu tragen. Es sei eine moralische Verpflichtung, die einmal abgeschlossenen Tarifverträge auch einzuhalten. Mit dem gegenseitigen Versprechen, die Mahnung des Vorsitzenden zu beherzigen, wurde die Sitzung beendet. Seitdem ist ein Monat verfloßen, und schon wieder liegen Fälle vor, die deutlich zeigen, wie sehr die von Herrn Rechtsrat Wild erteilte Friedensmahnung von den Meistern mißachtet wird. In der Wäckerlei Grießmeier am Peterstor wurde den zwei ersten Gehilfen der tarifliche Lohn nicht ausbezahlt; dem einen hatte man eine Mark, dem andern gar zwei Mark zu wenig gegeben. Auf die von der Tarifkommission

zur Innungsversammlung eingelegte Beschwerde wurde dem ersten Gehilfen gefündigt, dem zweiten der Lohn gekürzt. So schaut bei den Herren Wäckermeistern der „Friede“ und die „christliche Nächstenliebe“ aus! Verlangt der Arbeiter sein Recht, so stellt man ihn vor die Hungertrippe. In diesem Falle handelt es sich noch dazu um einen Familienvater mit acht Kindern. Wenn der Zwangsinnung der Bäcker an ihrem Ansehen einigermaßen etwas liegt, so wird es Pflicht der führenden Personen sein, die Sache auf friedlichem Wege zu erledigen. Bleibt es aber bei der ausgesprochenen Maßregelung, dann wird die Organisation der Gehilfen dafür sorgen, daß das Gebaren der Wäckermeister beim konsumierenden Publikum ins rechte Licht gesetzt wird. Frau Grießmeier hat es ja recht schön durchblicken lassen, was sie unter der Forderung der tariflichen Rechte versteht, indem sie meinte, es sei eine Unverschämtheit, ihr Vorschriften zu machen. Auch Herr Meier in Kumpfmühl treibt Manipulationen, die auf Durchbruch des Tarifs hinausgehen. Für heute wollen wir ihm raten, künftig solche Dinge hübsch sein zu lassen, sonst mühten wir noch ein ernsteres Wort mit ihm reden. Wie mag nach diesen Erfahrungen wohl die Aufklärung nach dem guten Rat des Herrn Dr. Wild in der Innungsversammlung vor sich gegangen sein? Die Gehilfen haben jetzt lange genug geduldet zugehört. Wird die Streitfrage im ersten Falle nicht nach Recht geregelt, so sind ernstere Differenzen unvermeidlich. Mögen die Gehilfen ja unter keinen Umständen von den tariflichen Abmachungen zurückgehen; von dem Verhalten der Meister wird dann das weitere abhängen.

Schwerte. Am 9. Oktober verunglückte in der Brotfabrik unser Kollege Erhard Negler tödlich auf grauenhafte Weise. Beim Auspressen des Schwarzbrotteiges mit der Maschine stieß A. den Teig mit der Hand nach, wobei ihn die Schnecke erfaßte und förmlich mit in die Maschine hineingezogen wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Dem Verunglückten wurde fünfmal das Rückgrat und dreimal ein Arm gebrochen sowie an der linken Brustseite sämtliche Rippen eingedrückt. Der auf diese tragische Weise um sein Leben gekommene Kollege ist am 3. Juli 1908 in Effen a. d. R. der Organisation beigetreten und war alle Zeit bestrebt, in der Organisation seinen Mann zu stellen.

Fabrikbranche.

Celle. (Zwanzig Jahre Kampf gegen die moderne Arbeiterorganisation.) Die Firma Harry Trüller hat vor einigen Tagen die Feier ihres zwanzigjährigen Bestehens begangen. Mit großem Tamtam natürlich. Und viel Geld hat man sich kosten lassen. An besagtem Tage wurde „nur“ bis Mittag gearbeitet. Dann gab's Konzert auf dem Fabrikhofe, darauf Marsch der Arbeitsschienen beiderlei Geschlechts sowie der Beamten zum „Schützenhause“. Dort Table d'hôte auf Kosten des Fabrikherrn; daran durften jedoch, wie die Jama vermeldet, nur diejenigen teilnehmen, die sich am Festzuge beteiligten. Es wurden Neben geschwungen, die natürlich in erster Linie dem Chef des Hauses Trüller galten. So hob zum Beispiel der Prokurist Krull in seiner Dankesrede hervor, daß Herr Tr. keine Gelegenheit vorübergehen ließe, nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten seinen Bestrebungen Ausdruck zu geben, daß es für jede bei der Firma beschäftigte Person ein Vergnügen sein solle, in dem Betriebe tätig zu sein. Diese Behauptung des Prokuristen scheint uns zum mindesten etwas gewagt. Und wenn der Festbericht in den Lokalblättern Herrn Tr. sagen läßt: „Er dankte dem Vorstand und versprach, auch ferner stets darauf bedacht zu sein, daß jeder, der bei ihm beschäftigt wäre, sein Recht bekäme“, so dürfte diese Behauptung vor einem Recht doch wohl haltmachen. Wir meinen: vor dem ersten Recht des Arbeiters, dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht!

Wer wollte wohl heute noch behaupten, daß die moderne Arbeiterschaft das Koalitionsrecht missen wollte! Im Trüllerschen Betriebe aber hat trotz verschiedener Ansätze die moderne Arbeiterorganisation noch niemals festen Fuß fassen können, noch niemals fassen dürfen! Und freuen würde sich die Mehrzahl der Arbeiter in dem Trüllerschen Betriebe, wenn endlich jedem von ihnen auch in bezug auf die Koalitionsfreiheit sein Recht werden würde! Daß dem jedoch nicht so ist, geht aus einer andern „Rede“ des Maschinenmeisters hervor, die, wie die Lokalpresse übereinstimmend betont, „besonders hervorgehoben zu werden verdient“. Dieser Herr sprach von dem „Gegensatz aller (?) in der Fabrik beschäftigten Personen zu den Agitationen, die von außerhalb des Betriebes stehenden Leuten in den Betrieb hineinzutragen versucht würden“. Dieser Sieb soll natürlich der freien Organisation gelten, denn die sogenannte christliche Organisation darf sich im Trüllerschen Betriebe „ausleben“. Und wenn der Herr Maschinenmeister behauptet, daß die Agitation von außen in den Betrieb hineinzutragen versucht würden, so halten wir dem entgegen, daß die Arbeiterschaft bei Tr. nur aus Angst vor Entlassung es nicht selbst unternimmt, sich „von innen heraus“ zu organisieren. Und darum wird das „von außen“ versucht. Es gab aber größere Männer in Deutschland, die dem Organisationsbedürfnis ihrer Angestellten in keiner Weise Zwang angebeihen ließen, die „auch“ ein großes soziales Verständnis für die Nöte der Arbeiterschaft hatten und sehr gut dabei gefahren sind, zum Beispiel Abbe-Jena und Mörike-Deßau. Wie wär's, Herr Trüller, wenn Sie versuchen würden, in deren Fußstapfen zu treten? . . . Die Welt würde darob nicht aus den Angeln gehen und Ihr Betrieb würde vielleicht noch besser florieren.

Nürnberg. Die bei der Firma Wolf, Hoflebkuchen- und Zudernwarenfabrik, beschäftigten Kollegen nahmen in zwei Betriebsversammlungen Stellung gegen das rabiate Benehmen eines Werkmeisters. Vor einigen Jahren hatte genannte Firma sich einen Werkmeister zugelegt, der anscheinend seinen Beruf verfehlt hat; denn er dürfte sich besser für eine Strafanstalt als Aufseher für Schwerverbrecher eignen. Ganz abgesehen davon, daß dem Mann alles Verständnis für die Anlage eines Betriebes in sanitärer Hinsicht abgeht, fehlt ihm auch vollständig die Urteilsfähigkeit über das, was menschenmöglich ist, zu leisten. Bei genannter Firma wird schon unter normaler Arbeitszeit die Arbeitskraft der dort Beschäftigten auf das

intensivste ausgenutzt, aber jetzt, wo die Ueberarbeit begonnen hat, grenzt es geradezu an Raubbau, denn vier Monate lang fast ununterbrochen bis 10 Uhr abends und noch länger gearbeitet wird, dazu selbstverständlich noch eine Anzahl von Sonntagen dazu kommen. Bei dieser Mehrarbeit werden natürlich Leute eingestellt; es wird dadurch das Tätigkeitsgebiet des strengen Herrn Werkmeisters erweitert, und er kann von seiner Macht den ausgiebigsten Gebrauch machen. Um nun das ganze Feld überschauen zu können, hat er aller Hygiene zum Trost die Wand entfernen lassen, die die Maschinenräume von den übrigen trennten. Es wird dadurch in diesen Räumen ein ungeheurer Lärm verursacht, so daß man sich nur schwer verständigen kann. Das geniert aber den Werkmeister nicht. Ueberhört einmal im Getöse jemand die Anweisungen dieses „Herrn“, so wird er wie rasend angeschrien: „Hau dem Kerl den Abdruck auf den Kopf, damit er hört.“ Zum Fortschaffen des Teiges werden Gefäße verwendet, die ungefähr fünf Zentner Inhalt fassen; wollen die Arbeiter auf zweimal das Quantum wegzutragen, dann werden sie in der schärfsten Weise angefahren. Das Sprechen im Betriebe ist verboten: „Ihr habt das Maul zu halten, arbeitet“, heißt es, wenn oft nur etwas Geschäftliches gesprochen wird. Ist einer nach der Meinung des Werkmeisters Fleischmann nicht klug genug, so brüllt er die Leute an: „Schlag sie Ihnen den Treibriemen um den Kopf.“ Nun dachte dieser „Herr“, daß wohl die Antreiberei noch nicht groß genug sei, und suchte sich einen weiteren Trabanten, den er in der Person des Hirschmann fand, der Fleischmann ebenbürtig ist oder ihn sogar noch übertrifft. Als dieser seine Herrlichkeit antrat, haben gleich vier Mann die Arbeit verlassen, denn sie wollten sich unter die Fuchtel von solchen Leuten nicht stellen. An Rücksichtslosigkeit läßt auch Hirschmann nichts zu wünschen übrig. Wenn er sieht, daß Frau Wolf den Betrieb betritt, schreit er wie besessen. Ob nun Frau Wolf besonderen Geschnack an diesen Tönen findet, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Verhältnisse haben sich in dem Betriebe so weit entwickelt, daß unter allen Umständen eine Änderung eintreten muß, und sollten die Kollegen zum äußersten greifen müssen, um solchen Antreibern ihr unsauberes Handwerk zu legen. Als Fleischmann noch unserer Organisation angehörte, da konnte er nicht weit genug sein Maul aufzureißen, wenn bei der Firma Wolf irgend etwas nicht in Ordnung war, und heute will dieser Antreiber die Kollegen wie Galcerensträflinge behandeln. Sollten diese Zeilen keine Abhilfe schaffen, dann werden wir mit weiterem Material aufwarten.

Stettin. Frauen und Mädchen sucht laut Inserat in Nr. 234 des „General-Anzeiger“ vom 5. Oktober die Kaka- und Schokoladenfabrik von Albert Kreh. Die Annonce verschweigt jedoch, daß die Firma einen Lohn von M 7,50 (um Irrtümer zu vermeiden in Worten: sieben Mark und noch fünfzig Pfennig) zahlt. Mit Fängen und Würgen gibt es dann später, in einer Anwendung von Großmut, auch ein- oder zweimal Zulage, und zwar, dem horrenden Einstellungslohn angemessen, gleich 25 $\frac{1}{2}$ mit einem Male. Da Herr Kreh nun anscheinend das viele Geld nicht gern gibt, möchten wir den Arbeiterinnen die Frage vorlegen, ob es im beiderseitigen Interesse nicht besser ist, den Betrieb zu meiden; denn daß es bei den heutigen Lebensmittelpreisen möglich ist, mit M 7,50 bzw. M 7,75 und M 8 Lohn dem Körper die verbrauchte Kraft wieder zu ersetzen, glaubt mit Einschluß des Herrn Kreh doch wohl kein Mensch. Singulieren möchten wir noch, daß es sich um Saisonarbeit handelt, wo bekanntlich die Arbeitskraft restlos ausgenutzt wird. Erholen können sich die Arbeiterinnen nach Weihnachten, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, auf ihre Kosten, denn das tut ja Kreh auch. Zum besseren Verständnis bemerken wir noch, daß es sich um denselben Herrn Kreh handelt, der eine Woche vor dem Erscheinen des Inserats sich im Stadtparlament gegen die Bezahlung der Feiertage der städtischen Arbeiter wandte, und zwar „mit Rücksicht auf die Privatindustrie“, also doch im eigenen Interesse, denn schließlich wollen die Arbeiterinnen dann auch noch die Feiertage bezahlt haben. Schon der Gedanke ist ja eigentlich strafbar. Hoffentlich ziehen die Arbeiterinnen daraus die Lehre, nun ebenfalls auf ihre Interessenvertretung bedacht zu sein. Das kann aber nur geschehen, wenn sie sich ihren zuständigen Organisationen anschließen, denn es gibt kein anderes Mittel, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, als wie den Zusammenschluß in den Gewerkschaften.

Aus Unternehmungskreisen.

Bäcker.

Streit der Gebatter Bäcker und Konditoren. Die Behandlung des Verwandtschaftsverhältnisses des Bäcker- und Konditorgewerbes auf dem „Germania“-Verbandsstage in Stuttgart hat unter den führenden Geistern der Konditoren einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, weil dort rundweg erklärt wurde: „Bäcker- und Konditorgewerbe sind in ihrer neuzeitlichen Entwicklung nicht nur als verwandte, sondern auch mehr und mehr als ein unzertrennliches Gewerbe anzusehen.“ In den Konditor-Zeitungen wird gegen diesen Beschluß Sturm gelaufen und der Verwandtschaftsgrad energisch abgestritten. Auch der Referent — der Donner Obermeister — muß sich Fahrlässigkeit und Leichtfertigkeit bei seinem Referat nachsagen lassen. Nach unserer Ansicht ist der Streit für die Kasse. Die wirtschaftliche Umwälzung kann weder von den Selbständigen noch von den Wäckermeistern aufgehalten werden. Durch die Konkurrenz der Großbetriebe ist der kleine Wäckermeister gezwungen, auf andere Produktionszweige sein Augenmerk zu lenken. Und da ist die Konditorei der nächstgelegene. Der Konditor sucht sich wieder an der Errichtung von Cafés schadlos zu halten, das heißt, soweit hierzu Kapitalien vorhanden sind. Bei diesem Konkurrenzkampf werden die kapitalschwachen Kräfte abwärts gedrängt. Solange aber der Kampf mit dem

Großkapital abspielt, rufen die Mittelständler selbst die Regierung um Hilfe an. Jetzt, wo der Bäckler Bäcker dem Gebalter Konditor an die Gurgel springt, geschieht es im Einverständnis ihrer Organisation.

Herr Georg Wohlken, Bäckermeister a. D. in Hamburg, als sozialpolitischer Genie, verlegt sich in Hamburg-Altona auf den Sport, Vorträge über sozialpolitische Aufgaben zu halten. Als Betätigungsfeld suchte er sich den Fachverein der Bäckermeistersöhne zu Altona aus, bei welchem der Sozialpolitiker seinen Speech vom Stapel ließ. Auf das Geschwafel würden wir nicht eingehen, weil wir Herr Wohlken als Verfasser einer ziemlich konfusen Broschüre, die von der Unternehmerpresse vor zwei Jahren recht abfällig beurteilt wurde, bekannt ist. Der Vortrag macht aber die Kunde durch die Innungspressen, und somit wollen wir die „Sozialpolitischen Aufgaben“ näher unter die Lupe der Kritik nehmen. Abgesehen von dem geistlosen Durcheinander, erlaubte sich Herr Wohlken, einige dreiste Unwahrheiten zum Besten zu geben. Bezüglich der Bäckereiverordnung sagte er:

„Sofort nach Inkrafttreten der Bäckereiverordnung hätten die 50 000 Mitglieder des „Germania“-verbandes, die doch vielfach auch Mitglieder der Haus- und Grundeigentümervereine sind, diese mobil machen müssen, sie mußten protestieren, schreien und wiederum schreien. Denn wenn auch vom hygienischen und sanitären Standpunkt aus die Verordnung mit Freuden zu begrüßen war, so durften doch die Kosten nicht allein den Besitzern der Bäckereigrundstücke, die zu 90 pZt. ihr Vermögen verloren haben, zugeschoben werden, sondern das Reich mußte mithelfen.“

Woher Wohlken die Weisheit schöpfte, daß durch die Bäckereiverordnung 90 pZt. der Besitzer von Bäckereigrundstücken ihr Vermögen verloren haben, möchten wir doch zu gern wissen. Wahrscheinlich fehlt ihm für seine leichtfertige Behauptung der kleinste Beweis, sonst hätte er sicher damit sofort aufgeräumt.

So leichtfertig wie hier, wird auch mit diesem Satz umgegangen: „Außerdem wäre auch den Betrieben auf gewerkschaftlicher Basis, deren Kunden bei einer Mark, 80 pZt für Brot und 20 pZt für Politik bezahlen... ein Halt geboten.“ Mit einem Wort, der Vortrag gleicht einem Sammelsurium vollenbenedeten Blödsinns. Wenn die Bäckermeistersöhne mit solchen Gehirnerkrankungen gefüttert werden und dann das Erbe ihrer Väter antreten sollen, dann wird das Gewerbe zeitweilig in der jetzigen Rückständigkeit dahinvegetieren.

Organisationszwang der Unternehmer. Die Stärke der Bäcker-Innungen ist, wie wir schon wiederholt nachgewiesen haben, vornehmlich auf den Organisationszwang zurückzuführen. Nach den Bestimmungen der Handwerker-novelle können bei einer Zweidrittel-Mehrheit der Unternehmer eines Berufes Zwangsinnungen errichtet werden, welchen jeder anzugehören hat. Dort, wo freie Innungen bestehen, wird durch verschiedenelei Repressalien der Unternehmer zum Beitritt gezwungen. Neben dem Innungsverband besteht noch der Arbeitgeberverband. Hier läßt aber die Mitgliederzahl im Verhältnis zum ersteren noch viel zu wünschen übrig. Der Erlaß des preussischen Handelsministers, nach welchem Innungen geschlossen dem Schutzverbände beitreten dürfen, brachte auch hier eine kleine Mitgliederzunahme mit sich. So glatt wie von den Anhängern des Schutzverbandes der Anschlag erhofft wurde, vollzieht sich der Beitritt nicht. Selbst wenn Innungen den Beitritt beschließen haben, so blieb immerhin die Frage noch offen, ob auch die Gegner zur Zahlung der Beiträge gezwungen werden können.

Hierüber gibt die Günthersche „Bäcker- und Konditor-Zeitung“ auf eine Anfrage folgende Auskunft: „... Wenn also die Innungsverammlung mit Mehrheit beschließt, korporativ dem Schutzverbände beizutreten, so sind auch die Mitglieder, die dagegen gestimmt haben, zur Zahlung der Beiträge verpflichtet. Die Beiträge können mithin durch die untere Verwaltungsbehörde eingezogen werden, wenn das betreffende Mitglied nicht freiwillig zahlt. Der Beschluß der Innungsverammlung ist für alle Mitglieder der Innung bindend, doch empfiehlt sich, im Statut bei dem Paragrafen, der die freiwilligen Aufgaben einer Innung aufzählt, den Absatz einzufügen: „Arbeitgeberverbänden beizutreten“. Gegen diese Worte liegen keine Bedenken vor, sie werden ohne weiteres genehmigt werden.“ Bezüglich der Zwangsinnung heißt es: „Hier dürfen nämlich solche Innungsmitglieder, die keine Gesellen haben oder Lehrlinge halten, zwangsweise zu den Beiträgen nicht herangezogen werden, sie können aber als freiwillige Mitglieder beitreten, was sich bei dem herrschenden Terrorismus der Sozialdemokratie empfiehlt.“

Die niedliche Verleumdung über den Terrorismus bei den Sozialdemokraten nimmt sich von der Unternehmerpresse allerliebste aus, wenn im gleichen Atemzug von der Berechtigung der zwangsweisen Beitragsentziehung bei den Schutzverbandsmitgliedern gesprochen wird. Wo der Terrorismus in Reinkultur geübt wird, das festzustellen, ist nach dieser Auslassung nicht schwer.

Konditoren.

Die Wirkung der Teuerung auf das Konditor-gewerbe. Es ist anerkannt, wenn sich auch die Unternehmerpresse mit den gegenwärtigen Teuerungsbekämpfen beschäftigt. Um so mehr werden auch dann die Mittelständler einen Einblick gewinnen in das Treiben der Zollmücker und die Ueberzeugung schöpfen, daß das bestehende System weggefegt werden muß. Die in Berlin erscheinende „Konditoren“ macht auch in Nr. 27 einen Versuch, die Wirkung der Teuerung auf das Konditor-gewerbe nachzuweisen. Dabei werden aber Wahrheit und Phantasien durcheinander gemengt, daß man den Schreiber nur bedauern kann. Einmal heißt es: „Die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse trifft das ganze Volk, ganz gleich, ob arm, ob reich, ob Beamter, Handwerkermeister oder Arbeitsmann. Alle leiden sie darunter.“ Gleich darauf kann man wieder lesen: „Heute tragen nicht alle Teile des Volkes gleich an teuren Zeiten wie früher.“ Es braucht dann einen auch nicht wundern, wenn in dem Artikel eine Verächtlichkeit gegen die Arbeiter enthalten ist, indem geschrieben wird: „Als Deutschland noch ein reiner Agrar-

staat war und noch nicht die gewaltige Uebermacht des Großkapitalismus auf der einen und die brutale Gewalt des Proletariats auf der andern Seite so zur Geltung kommen konnten, wie das heute der Fall ist, war die bestehende Wirtschaftsordnung festgefügt.“ Diese Verächtlichkeit hindert den guten Mann nicht, gleich darauf zu schreiben: „Je mehr sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse der breiten Masse des Volkes bessern, desto größer wird auch die Nachfrage nach Genussmitteln, die nicht unbedingt für die Ernährung des Menschen notwendig sind.“ Dann läßt er die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in den letzten Jahren ganz gewaltig steigen, „trotzdem kann man aber nicht von einer Steigerung der Kaufkraft unseres Volkes reden, weil auf der andern Seite die Lebenshaltung des Bürgertums sich verschlechtert hat“.

Wir haben diese Widersprüche hier festgenagelt, um zu zeigen, wie in der Unternehmerpresse Aufklärungsarbeit betrieben wird.

Aus gegnerischen Organisationen.

Wieviel Mitglieder sind im gelben Bäckerbund?

Ueber die Mitgliederzahl in der gelben meisteuernden Vereinigung bestehen so vielerlei Angaben, daß wir uns der Mühe unterzogen haben, eine Zusammenstellung zu machen. Dabei haben wir folgende Zahlen gefunden:

Nach dem Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, Seite 485, hatten die Gelben Ende 1910 10 536 Mitglieder, der Bund elsass-lothringischer Bäckereihilfsvereine 364 Mitglieder oder insgesamt 10 900. Dieselbe Zahl veröffentlicht auch das „Reichs-Arbeitsblatt“ im Septemberheft 1911.

Das Zentralorgan des „Germania“-Innungsverbandes, die Günthersche „Bäcker- und Konditor-Zeitung“, schreibt am 30. August in Nr. 69: Heute zählt der Bund in über 200 Ortsgruppen circa 11 000 Mitglieder. Am 16. September konnte in Nr. 74 derselben Zeitung gelesen werden: „Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht gehörten dem Bunde 17 Zweigverbände mit 200 Ortsgruppen und 13 000 Mitgliedern an. Seit 1909 sind zwei Zweigbünde mit 37 Vereinen und 2906 Mitgliedern dazu gekommen.“ Vergleicht man jedoch die beiden Lesarten, dann hat der Bund bereits innerhalb 14 Tagen 2000 Mitglieder gewonnen.

Das „Zentralblatt für Bäcker und Konditoren“ teilte bereits in Nr. 35 vom 27. Juli seinen Lesern mit: „... Diese gesunden Grundzüge haben ein rasches Wachstum des Bundes erzeugt, der zurzeit über 13 000 Mitglieder in mehr als 200 Ortsgruppen besitzt.“

Die „Westdeutsche Bäcker- und Konditor-Zeitung“ berichtet in Nr. 38 vom 21. September über den gelben Bundestag in Danzig: „Der Geschäftsbericht ergibt einen Mitgliederzuwachs von 10 Ortsgruppen, 2 Zweigbünden und 2032 Mitgliedern, so daß der augenblickliche Stand 18 Zweigbünde, 210 Ortsgruppen und 12 070 Mitglieder ist.“

Derselbe Bericht erscheint auch noch in „Der Brotfabrikant“, Nr. 37, in der „Allgemeinen Bäcker- und Konditorzeitung“, Nr. 38, in der „Bäcker- und Konditor-Zeitung“ (Frankfurt a. M.), Nr. 27, und in Nr. 38 der Fachzeitschrift „Concordia“. In letzterem Unternehmerorgan wird allerdings vier Wochen früher in Nr. 34 von über 200 Ortsgruppen mit etwa 11 000 Mitgliedern in 17 Zweigbünden berichtet.

Hartmann teilt den Lesern in der „Internationalen Rundschau für Bäckerei, Konditorei ufm.“ vom Bundestag in Danzig mit: Dem Bunde sind 37 Vereine neu beigetreten; er zählt zurzeit 18 Zweigverbände, 210 Ortsgruppen und über 12 000 Mitglieder.

Nach den Berichten über die Verhandlungen des Bäckermeister-Verbandstages in Stuttgart führte Wischnowski dort aus, und zwar nach der Berliner „Bäcker-Zeitung“, Nr. 67, und der „Allgemeinen Bäcker- und Konditor-Zeitung“, Nr. 33: Die Forderung (eines zweiundzwanzigstündigen Bäckerverbotes vom Sonntag auf Montag) sei die von 11 000 Bäckergesellen.

Die gelbe Zeitung selbst berichtet über den Mitgliederstand in Nr. 14 vom 22. Juli, daß Wischnowski am 13. Juli im Bezirksverein Berlin „Neuher Westen“ sagte: Der Bund habe jetzt in seinen 200 Mitgliedschaften nicht weniger als 11 000 Mitglieder in sich vereinigt.

Einige Wochen später, am 4. September, konnte der Präsident am dem 5. Bundestag in Danzig seinen Getreuen berichten: „Jetziger Bestand 18 Zweigbünde und 210 Ortsgruppen mit 12 070 Mitgliedern.“ Danach hat der gelbe Bund innerhalb weniger Wochen einen größeren Fortschritt gemacht als vom September 1909 bis 18. Juli 1911, in welcher Zeit er 962 Mitglieder zugenommen haben will, während von da bis 4. September dieses Jahres die Mitgliederzunahme 1070 „betrug“.

1909 wurde in Cassel berichtet: Die Zahl der Zweigbünde sei auf 16, die der Ortsgruppen auf 200 und die der Mitglieder auf 10 088 gewachsen. In Danzig wurde erzählt: Seit dem letzten Bundestage sind dem Bunde beigetreten 2 Zweigbünde und 37 Vereine mit zusammen 2906 Mitgliedern. Aufgelöst haben sich 11 zumeist kleine Vereine mit 154 Mitgliedern, und ausgetreten sind 16 Vereine mit 768 Mitgliedern. Selbst diese einfache Rechnung stimmt nicht. Abzüglich der 912 Austritte ergibt sich zu dem Bestand in Cassel eine Zunahme von 1994, welche beiden Summen dann 12 082, aber nicht 12 070 ergeben.

So sieht das gelbe Rechnungsexempel aus. Selbst die „Soziale Praxis“ zweifelt in Nr. 1 vom 5. Oktober die gelbe Berichterstattung an und schreibt:

„Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden umfaßt der Bund aber 18 Zweigbünde, 210 Ortsgruppen und 12 070 Mitglieder, was einen Zuwachs von 2032 Mitgliedern seit der letzten Tagung ausmacht. Allerdings zählte der Bund auch schon am 1. Juli 1908 einmal, nach den Angaben des Bundesredakteurs Hartmann, 10 000 Mitglieder in 180 Ortsgruppen. Ganz klar ist also diese Statistik nicht. Das zeigt auch die Kassen-

abrechnung. Wenn der jährliche Mitgliedsbeitrag, der demnächst sogar erhöht werden soll, M 1,00 beträgt, so müßte mindestens eine Jahreseinnahme von M 15 000 vorhanden sein. Laut Geschäftsbericht gingen aber nur M 3188 ein, und auch die M 2029 Ausgaben bezeugen, daß die Bundesleitung nur mit sehr bescheidenen Mitteln zu rechnen pflegt. Die Angaben des „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ über die Einnahmen des Bundes, die von M 12 656 im Jahre 1909 plötzlich auf M 1842 im Jahre 1910 herabgestürzt sind, bestätigen überdies, daß es mit der Kassengebarung oder mit den Mitgliederzahlen beim Bunde einen Hacken hat. Daß auch die Bäckermeister in ihrer finanziellen Unterstützung des Bundes sehr lässig geworden sind, wurde in den Danziger Verhandlungen beklagt. ...“

Hoffentlich wird auch das Kaiserliche Statistische Amt sich die Angaben des gelben Bundes genauer ansehen und nicht mehr die Zahlen blindlings in seinen statistischen Werken veröffentlichen. Von den Bäckergesellen kann nach dieser Darstellung kein denkender Kollege der Bundesleitung Vertrauen entgegenbringen, die solche unglaublich widersprechende Angaben über den Mitgliederstand an die Öffentlichkeit bringt.

Ein Gelber auf Liebesfahrten. Dem „Vorwärts“ entnehmen wir:

In der Mülhauser Gegend im Elsaß machte sich schon seit längerer Zeit ein gewisser Herr Gieße in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sehr bemerkbar. Gieße, ein Bäckergeselle, hat eine führende Rolle in der „gelben“ Bäckervereinigung in Elsaß-Lothringen inne. Vor einiger Zeit ergriffte sich nun dieser Gelbe in einer Mülhauser Hilfskassentafel auch den Posten als Einkassierer und Krankenkontrollleur. Seine Tätigkeit beschränkte aber Herr Gieße nicht etwa auf die Kontrollierung der kranken Mitglieder, sondern er fühlte sich auch verpflichtet, bei den Frauen der erkrankten Mitglieder sich als Stellvertreter ihrer — kranken Männer anzubieten. Bei einer solchen Frau wurde Herr Gieße bei seinem Liebeswerben dann sogar tödlich, so daß sich die Frau ganz energisch zur Wehr setzen mußte. Natürlich wurde Herr Gieße von dem Vorstand der betreffenden Kasse seines Posten enthoben.

Das ist allerdings kein schöner moralischer Schlußeffekt, mit welchem Paulchen, der „große“ Verbandsfresser, in die Versenkung verschwindet. Der Bauernbäcker kann nun seine Laufbahn mit dem Ausruf beschließen: Cherchez la femmel!

Der Delegiertentag der Konditorgehilfsvereine

in Karlsruhe, von welchem im Halleischen Organ ein ausführlicher Bericht erschien, hatte auch einen Vertreter der christlichen Gewerkschaften zu seiner Tagung eingeladen. In dieser Eigenschaft war ein Herr Gladung von Mannheim anwesend, der auch verjuchte, den Konditorgehilfen die Aufgaben, Zwecke und Ziele der christlichen Gewerkschaften darzulegen, um den neu zu gründenden Verband in das Lager der christlichen Gewerkschaften hineinzubugieren. Allzugroßen Anflug scheint Gladung mit seinen Ausführungen bei den Delegierten nicht gefunden zu haben. Besonders scharf gegen die Christlichen wendete sich Hauff-Stuttgart, welcher ausführte: „Von einem Anschluß an die christlich-nationalen Gewerkschaften dürfte er wohl kaum seinen Mitgliedern etwas sagen, wenn er nicht erwarten wolle, daß man ihm überhaupt kein Gehör schenken würde.“ Mayer-Strasbourg erklärte, daß er für seine Person absolut dagegen sei, sich den christlich-nationalen Gewerkschaften anzuschließen. Nach dem Protokoll gewinnt man den Anschein, daß der Verhandlungsleiter, Heß-Heidelberg, sich besonders bemühte, den Gegnern diese Ansichten aus dem Kopfe zu reden und seine Kollegen für den Anschluß an die „Christlichen“ zu bewegen. Damit war es aber nichts, und so soll ein Süddeutscher Konditorgehilfsverband ins Leben gerufen werden.

Polizei und Gerichte.

Vom Streifbrecher zum Raubmörder. Wegen schweren Raubes wurde am Mittwoch, 4. Oktober, der Bäckergeselle Ziller vom Schwurgericht des Landgerichts II, Berlin, zu sechs Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Ziller hatte im Jahre 1907 beim damaligen Lohnkampf der Bäcker bei einem Bäckermeister in Rixdorf als Arbeitswilliger gearbeitet. Da er für die übrigen streikenden Gesellen, so gut es gehen wollte, die Arbeit mit zu machen hatte, war er selbstverständlich doppelt angezengt und übermüdet, so daß er die in Bäckereien so notwendige Vorsicht außer acht ließ. Er zog sich während seiner Klausurberufstätigkeit eine Fußverletzung zu, die ihrer Natur nach sofort ärztlich hätte behandelt werden müssen, wobei er selbst freilich seine nützliche Tätigkeit als Arbeitswilliger hätte einstellen müssen. Er tat das aber nicht, sondern erklärte den streikenden Kollegen, die ihm freundschaftlich rieten, doch seine gesunden Glieder nicht eines Meisters wegen in Gefahr zu bringen: „... und wenn ich auf die Nase falle und liegen bleibe, ich gebe die Arbeit als Streifbrecher nicht auf!“

Das Geschick ereilte ihn nun auch schneller, als er es sich gedacht hat. Die Fußverletzung verschlimmerte sich derart, daß er von seiner Arbeitsstelle ins Krankenhaus geschafft werden mußte, woselbst ihm der verletzte Fuß amputiert wurde. Nun war er zum Dank für seinen Streifbruch ein Krüppel, der in seinem bisherigen Gewerbe überhaupt keine Beschäftigung mehr finden konnte und, an das Mitleid seiner Kollegen appellierend, sich kümmerlich durchschlagen mußte. Im Sommer dieses Jahres erbarmte sich seiner der invalide Bäcker Lorenz in Rixdorf, der seines Alters wegen ebenfalls nur schwer in Bäckereien beschäftigt werden kann und sich mit Hausierhandel ebenfalls nur äußerst kümmerlich ernährt. Er nahm ihn in seine Wohnung und gab ihm Nachhilfe. Dort bemerkte Ziller nun, daß sich Lorenz, der Jungegeselle ist, eine kleinere Summe Geldes gespart hatte, die dieser unter

seinem Kopffissen des Nachts aufbewahrt. In einer Nacht versuchte er nun, dem Lorenz den Beutel mit dem geparteten Gelde unter dem Kopffissen hervorzuziehen.

Vorsichtshalber hatte er sich jedoch mit einem Hammer bewaffnet, und als Lorenz bei dem Versuch, ihm das Geld unter dem Kopffissen hervorzuziehen, erwachte, erhielt er von Ziller einen mächtigen Hieb auf den Kopf. Er sah nur noch, wie Ziller zum zweiten Male ausholte, wobei ihm jedoch der Hammer vom Stiel flog. Er verlor dann das Bewußtsein, das er erst in der Unfallstation, wohin man ihn geschafft hatte, wieder erlangte. Seine Ersparnisse im Betrage von M 62,50 waren jedoch verschwunden. Ziller wurde nun auf die Angaben von Lorenz hin in Haft genommen und war nach einigem Leugnen auch geständig. Nun hatte er sich am 4. Oktober vor dem Schwurgericht zu verantworten, das ihn zu der bereits angegebenen Strafe von sechs Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilte.

Ziller soll zurzeit seines Streikbruchs 1907 nicht nur selbst Mitglied des gelben Bundes gewesen sein, sondern auch eifrig für denselben agitiert haben. Wie weit diese Angaben richtig sind, können wir nicht nachprüfen. Der Streikbruch selbst aber charakterisiert ihn ohne weiteres als gelben Mustertnaben, der dem Bundesgeneral ein leuchtendes Vorbild aufopfernder gelber Tätigkeit sein mußte. Wischnowski war bis jetzt bei allen Streiks vorzüglich genug, lieber die mühselose Tätigkeit des Streikbrecheragenten auszuüben und den Streikbruch selbst andern, Dümmeren, zu überlassen. Er könnte dem Streikbrecher Ziller, der in seiner Selbstlosigkeit sogar so weit ging, lieber seinen Fuß einzubüßen und für Lebenszeit Krüppel zu werden, als den Streikbruch aufzugeben, wohl kaum das Wasser reichen und müßte beschämt bekennen, daß er ja in der ganzen gelben Bewegung nur ein Waisentnabe geblieben ist.

Wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt hatten sich Kollege Grigo und Genossen am 28. September vor dem Schöffengericht in Dirschau zu verantworten. Der Anklage liegt etwa folgendes zugrunde: Am 2. Februar wurde eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich mit der Erringung eines wöchentlichen Ruhetages beschäftigen sollte. Bäckermeister Lindke brachte eine Einladung zur Polizei und erreichte dadurch, daß durch den Polizeikommissar das Abhalten der Versammlung inhihiert wurde. Als erster Zeuge wurde die Gastwirtsfrau Just vernommen. Sie bezeugte, daß sie G. zweimal das Lokal, das erstmal vor der Sittierung nach der Wache und dann, als G. von der Wache entlassen, zum zweitenmal ihr Lokal betrat, verboten hatte. Die Aussagen wurden jedoch sehr unsicher gemacht. Zu den Aussagen wandte G. ein, daß hier unbedingt Beeinflussung oder Irrtum vorliege. Die Gastwirtsfrau Just habe ihm weder vor noch nach der Sittierung das Lokal verboten. Die Ausweisung aus dem Lokale ist erst auf wiederholtes Drängen der Polizeibeamten erfolgt. Die im Lokale anwesenden Beamten sagten zu der Frau: „Wenn Sie diesen Menschen noch länger in ihrem Lokale dulden, so machen Sie sich strafbar.“ Aus Furcht vor der Polizei verbot die Gastwirtsfrau erst dann G. das Lokal. Trotz der wahrheitsgetreuen Schilderung verblieb die Zeugin bei ihren gemachten Aussagen. Erst als Kollege G. die Erklärung abgab, daß die noch zu vernehmenden Zeugen anders als Frau Just aussagen würden, wurde die Gastwirtsfrau unsicher und sagte: „Ich weiß es nicht genau, ob ich dem Angeklagten ein- oder zweimal oder in dem Sinne wie die Anklageschrift behauptet, nach einer Zwischenzeit von zehn Minuten, das Lokal verboten habe.“

Die beiden, zur Auflösung der Versammlung kommandierten Beamten sagten aus: „Sie haben von dem Polizeikommissar den Auftrag erhalten, in die Versammlung zu gehen und diese aufzulösen, weil dieselbe nicht angemeldet war. Wir haben den Auftrag ausgeführt. Wir sind erst in die Küche gegangen und haben eine Weile beobachtet, was der Angeklagte machen wird, weil, als wir kamen, die Versammlung noch nicht eröffnet war. Als der Angeklagte aber anfang, mit den Versammlungsteilnehmern zu sprechen, sind wir sofort aus der Küche in das Lokal gegangen und haben die Versammlung aufgelöst. Wir wollten dann den Namen des Einberufers der Versammlung feststellen. Er weigerte uns die Nennung des Namens und wir schritten dann zu seiner Sittierung. Der Angeklagte folgte uns nicht freiwillig, sondern stemmte sich mit den Füßen gegen den Boden und hielt sich am Willard fest.“

Zeuge Bäderegele Herz: „Wir waren zirka 15 Bäderegele zusammen und sind durch Zettelteilung zu der Versammlung gekommen. Kaum hatte G. einige Worte gesprochen, als die beiden Polizisten in die Stube hineinkamen und sagten: Was ist hier los. Hier ist eine öffentliche Versammlung, die nicht angemeldet worden ist. Wir lösen dieselbe auf und fordern Euch auf, das Lokal zu verlassen. Dann sind sie auf den Kollegen Grigo zugeflogen und verlangten von ihm die Nennung des Namens.“

Den Namen wollte Grigo den Polizisten nicht sagen, weil er nichts Strafbares begehren hatte, und da sagten sie ihn an und versuchten wiederholt, ihm das Eisen anzulegen.“ Vorsitzender Amtsrichter Müller: „Was möchten Sie denn tun, wenn sie an Stelle der Polizisten wären und G. Ihnen den Namen nicht sagen wollte?“ Zeuge (ausweichend): „Ich glaube, die Polizisten hätten kein Recht, in die Versammlung zu kommen.“ Vorsitzender: „Sol! Amtsrichter Müller: „Hat sich denn Grigo gemährt, als er von den Polizeibeamten angefaßt wurde?“ Zeuge Herz: „G. hat gesagt, daß er freiwillig zur Wache gehen wolle.“ Vorsitzender: „Hat der Angeklagte sich am Willard festgehalten?“ Zeuge: „Nein.“ Die Zeugen Bäderegele Lafschre und Schmidt machten ungefähr dieselben Aussagen wie der Zeuge Herz. Dem Kollegen Grigo stand als Verteidiger der Rechtsanwalt Kiewitzig zur Seite. Der Verteidiger hat den Vorsitzenden, die Zeugen besonders zu befragen, ob die Polizeibeamten zuerst die Versammlung aufgelöst und dann die Namen feststellen wollten oder ob die Auflösung der Versammlung erst nach der Feststellung der Namen erfolgt ist. Obwohl durch einen Teil der Zeugen festgestellt wurde, daß die

Versammlung zuerst aufgelöst war, versuchte der Polizeibeamte Wiski die Tatsachen anders zu deuten, so daß der Widerspruch zu offensichtlich war. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt, Bürgermeister Eichhardt, trotz der günstigen Zeugenaussagen gegen den Kollegen Grigo wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 14 Tage Gefängnis, wegen Hausfriedensbruchs M 15 Geldstrafe und wegen Uebertretens des § 16 des Vereinsgesetzes M 10 Geldstrafe. Betreffs des § 13 des Vereinsgesetzes beantragt selbst der Amtsanwalt, weil durch die Gerichtsverhandlung festgestellt worden ist, daß die Polizei keinen Platz beansprucht hat, Freisprechung.

Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Desgleichen der Angeklagte Mosni, der nichts getan hat, als daß er aus Danzig zur Versammlung gekommen ist. Nach einer Replik mit dem Amtsanwalt, der die Ansicht vertrat, und die durch die letzten Reichsgerichtsentscheidungen gegeben ist, daß die Polizei überall einen ungehinderten Zutritt in der Ausübung ihrer Befugnisse haben muß, zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

Der Amtsrichter Müller verkündete nachfolgendes Urteil: Der Angeklagte Grigo wird von drei Anklagepunkten freigesprochen. Ein Vergehen gegen die §§ 13 und 16 des Vereinsgesetzes liegt nicht vor. Auch wegen des Hausfriedensbruchs muß die Freisprechung erfolgen, weil aus den Zeugenaussagen nicht hervorgeht, daß der Angeklagte auf die Aufforderung nicht, das Haus verlassen hat. Der Angeklagte hat sich aber des Widerstandes schuldig gemacht und wird zu M 30 Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte Mosni wird freigesprochen. Die Kosten, soweit Freisprechung erfolgt ist, trägt die Staatskasse.

Die Polizei in Dirschau hat wahrlich keine Lorbeeren in diesem Prozeß geerntet. Um die Polizei nicht ganz durchplumpfen zu lassen, mußte der Kollege Grigo, wenn auch durch bedenkliche Begründung des Urteils von „Rechts wegen“, verurteilt werden. Trotz Polizeischikane und Gerichtsurteile werden wir nicht davon abzubringen sein, die Wege für die Beseitigung der Unterdrückung und Anechtung der rechtlosen Bäderegele freizumachen.

Internationales.

Streik in der Zuckerwarenfabrik Charles Cabos in Wien. Herr Cabos, ein Greis von 70 Jahren, hat vor kurzem eine junge Frau von 30 Jahren geheiratet, die sofort das Kommando über die Fabrik übernahm. Sie drohte bei jeder Gelegenheit, daß die alten Arbeiter und Arbeiterinnen alle entlassen werden müßten, weil dieselben angeblich zu wenig arbeiteten, und tatsächlich hat sie am 5. Oktober einen Arbeiter entlassen, der zwölf Jahre im Betrieb beschäftigt war und mit dem Chef nie einen Anstand hatte. Dieses Vorgehen wurde selbst dem geduldigsten Arbeiter zu dumm und wollten alle sofort die Arbeit einstellen. Nur der Besonnenheit einiger Vertrauensmänner ist es zu danken, daß doch bis abends gearbeitet wurde. In einer Massenversammlung am Abend wurde verlangt, daß der Entlassene wieder eingestellt werde und die Frau Cabos ihre Schikane unterlasse. Dieser Beschluß wurde Herrn Cabos durch die Vertrauensmänner überbracht; derselbe lehnte diese bescheidenen Forderungen rundweg ab, er drohte sogar, daß er alle Vertrauensmänner wegen Erpressung verfolgen werde. Freitag mittag wurde die Arbeit eingestellt und eine abwartende Stellung bis Sonnabend eingenommen. Nachdem auch bis zu diesem Termin Herr Cabos den Fehler seiner Frau nicht begreifen wollte, wurde in einer nachmittags abgehaltenen Versammlung der Beschluß gefaßt, von der Abwehr in eine Angriffsbewegung einzutreten, und wurden folgende Forderungen gestellt: Die Wiederaufnahme des entlassenen Arbeiters; die Unterlassung der Kontrolle durch Frau Cabos; zwanzigprozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter. Die Akkordarbeit bleibt nur in der Waffelabteilung bestehen bei einem Zuschlag von fünf Prozent auf die Löhne; für Ueberstunden 50 pZt. Zuschlag. Anerkennung der Organisation. Wegen dieser Bewegung darf innerhalb sechs Monaten niemand entlassen werden.

In dieser Versammlung waren auch die Kollegen Allmann und Weidler anwesend. Allmann begrüßte die Streikenden und wünschte den besten Erfolg. Seine Worte wurden mit Begeisterung aufgenommen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Vor Redaktionsschluss geht uns die telegraphische Nachricht zu, dass der Streik unverändert fort dauert.

Budapest nach der Aussperrung. Aus unserm Fachblatt ist unsern Kollegen bekannt, daß in diesem Sommer im Bäckergewerbe in Budapest ein schwerer Kampf mit den schärfsten Waffen von beiden Seiten ausgefochten wurde. Zuerst wurden sämtliche Bäckereiarbeiter mit Ausnahme von zirka 100 in Betrieben, die sich nicht an der Scharfmacherei des Arbeitgeberverbandes beteiligten, vom Verbands der Arbeitgeber ausgesperrt. In diesem Kampfe unterlagen unsere Kollegen, obgleich aus ihren Reihen in den acht Wochen, welche die Aussperrung dauerte, auch nicht ein einziger abtrünnig wurde. Aber die Arbeitgeber hatten es verstanden, aus den rückständigen Gegenden des Landes Arbeitswillige in großer Zahl heranzuziehen, mit denen sie mühsam ihr Streikgebäck herstellten. (Streikgebäck nennt man das große Gebäck in Brotform, welches an Stelle des sonst üblichen Kleingebäcks: Brötchen, Kaisersemmeln, Kipfeln usw., während des Streiks von den Bäckermeistern mit ihren Streikbrechern hergestellt wird.)

Als die Gehilfenorganisation beschlossen hatte, den Kampf aufzugeben und den Kollegen anriet, bedingungslos wieder in die Arbeit hineinzugehen, fühlten sich die Teigmagnaten als Herren der Situation, und sie wollten nun in ihrer grenzenlosen Wut ihr Mütchen an den Gehilfen kühlen. Dazu sollte ihnen der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber dienen. Die schlimmsten Maßregelungen waren dort an der Tagesordnung, und diese Maßregelungswut erzeugte unter den Gehilfen die

größte Erbitterung, so daß eine Versammlung beschloß, den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber zu sperren. Dieser Beschluß wurde von den organisierten Arbeitern mit der größten Strenge durchgeführt, ein Zeichen, daß sie in der wochenlangen Aussperrung keinesfalls niedergelassen waren.

Da holten die Arbeitgeber zu einem neuen Schläge aus und beschlossen aufs neue die Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Aber die Mehrzahl der Arbeitgeber hatte gerade noch von der ersten Aussperrung genug und beteiligte sich nicht an der Aussperrung. So wurden nur 500 Kollegen ausgesperrt, während mehr als 800 weiterarbeiten konnten. In 14 Tagen hatten alle Arbeitgeber die Aussperrung rückgängig gemacht. Jetzt versuchte die Leitung des Arbeitgeberverbandes, in einer Versammlung noch einen erneuten Aussperrungsbeschluß durchzudrücken. Aber damit hatten die Scharfmacher kein Glück; denn nur 20 Meister stimmten für eine neue Aussperrung, während alle andern Arbeitgeber nichts mehr davon wissen wollten. Die Leitung unseres ungarischen Bruderverbandes hatte im Anschluß an den Verbandstag des Oesterreichischen Bäckerverbandes eine Versammlung einberufen, in welcher Kollege Allmann das Thema behandelte: „Welche Lehren ziehen die Bäckereiarbeiter aus den Lohnkämpfen des letzten Jahres.“ Redner behandelte die Lohnkämpfe in den verschiedenen Ländern in eingehender Weise und zeigte an vielen Beispielen, daß in der Gewerkschaftsbewegung auch in andern Ländern solche Vorkommnisse wie in Budapest zu verzeichnen waren, daß aber überall, wo die Arbeiter dann nach verlorenem Kampfe fest und geschlossen in ihrer Organisation stehen bleiben, ihre Niederlage sich in kurzer Zeit in einen Sieg umwandelt, und auch die Budapest Arbeitgeber könnten sagen: „Noch einen solchen Sieg und wir sind verloren.“ Die mehr als 600 versammelten Kollegen lauschten den Ausführungen mit größtem Interesse, und ihr Beifall bezeugte, daß sie fest entschlossen sind, auch ferner alles aufzubieten, um die Organisation zu neuen Kämpfen auszurüsten. Dasselbe kam auch in der Diskussion zum Ausdruck. Die Budapest protzigen Arbeitgeber haben also durch ihre brutalen Gewaltmittel ihr Ziel nicht erreicht und von Zersplitterung und Dezimierung der Organisation kann gar keine Rede sein, sondern ungebrochen ist der Kampfesmut unserer Kollegen. Man konnte die feste Ueberzeugung mit aus der Versammlung nehmen, daß die Organisation bald wieder so gefestigt sein wird, um mit den protzigen Unternehmern gründliche Abrechnung zu halten.

Unsere Kollegen aus den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken hatten in letzter Stunde noch durch mündliche Einladung eine Versammlung anberaumt, in der ihnen Kollege Allmann einen Vortrag über die Lohnkämpfe dieser Branche in Deutschland, desgleichen in Wien hielt. Auch hier konnte man sehen, daß es eine kleine Zahl von tüchtigen und opferwilligen Agitatoren in kurzer Zeit fertig gebracht haben, zirka 250 Kollegen und Kolleginnen der Fabrikbranche der Organisation als Mitglieder zuzuführen. Beide Versammlungen waren vom besten Geiste beseelt und geben Gewähr dafür, daß unsere Bruderorganisationen in Budapest auf dem besten Wege sind, mit gutem Erfolge den harten steinigen Boden zu beackern und die Organisation gut auszubauen.

Die polizeilichen Schikanen zeigen unsern organisierten Kollegen in Budapest immer wieder aufs neue, daß sie in einem vorderasiatischen Staate leben. Die Bäckerversammlung war von zirka 20 Polizisten belagert. Diese Maßnahme scheint nur den Zweck zu haben, die Kollegen einschüchtern zu wollen und sie von den Versammlungen fernzuhalten.

Am 11. Oktober, also einen Tag vor der Versammlung, hatte die Polizei eine Razzia durch die Lokale unternommen, in welchen die Bäckergehilfen verkehrten. Dabei hatte sie 12 Kollegen festgenommen und per Schub nach ihrer Heimat befördert. Diese Kollegen hatten weiter gar nichts begehren, als daß sie noch von der Aussperrung her arbeitslos waren, weil sie von den Meistern noch nicht eingestellt worden waren. Mit Recht vermuteten unsere Kollegen, daß diese polizeiliche Willkürregel auf Anstiften der Arbeitgeber ins Werk gesetzt wurde.

Aber trotz dieser Polizeiwilckür und Arbeitgeberbrutalität wird unsere Organisation auch in Budapest weitere Fortschritte machen, dafür bürgt der ungebrochene Kampfesmut der Kollegen.

Der Pariser Lockspitzelprozess. Wir berichteten in Nr. 32 von der Entlarung des Organisators Métivier vom französischen Nahrungs- und Genussmittelindustrieverbande als Polizeiagent durch die Redakteure der „Guerre Sociale“. Am 7. Oktober fanden nun vor den Geschworenen des Seine-Departements die Verhandlungen statt, nicht etwa gegen den Lockspitzel, sondern gegen sechs Angehörige der revolutionären Organisation, darunter der Redakteur der „Guerre Sociale“ Almercyda. Den Beklagten wird zur Last gelegt, die Lockspitzel Bled und Métivier, die sie entlarvten, auf der Redaktion dieses Blattes mit Revolvern bedroht und mißhandelt zu haben. Der Kronzeuge der Anklage, Métivier, war nicht erschienen. Er wußte auch warum. Der angeklagte Redakteur konnte nachweisen:

„Wir wußten aber, daß er auch ein Lockspitzel sei. Wir wußten, daß ihm die Manifestation von Villeneuve-Saint-Georges zu danken war, wo es drei Tote und 300 Verwundete gab. Wir wußten, daß dank ihm beim Färberstreik der Zusammenstoß von Clichy stattfand, bei dem Streikende und Polizisten einander massakrierten. Aber ich liefere den Beweis, daß er es war, der zur Zeit des Eisenbahnerstreiks die Bombe bei dem Redakteur der „Patrie“ und Gemeinderat Massard niederlegte und so die Verhaftungen und Verfolgungen des Herrn Briand provozierte. Hier das Dokument:

Unter ungeheurer Spannung liest Almercyda: „Ich weiß über die Petarde Massard Bescheid, die während des Eisenbahnerstreiks platzte

Ich verpflichte mich, darüber Schweigen zu bewahren. Ich bekenne, am Legen der Petarde teilgenommen zu haben.

Und Amereyda fügt hinzu: „Ich glaube, meine Herren Geschworenen, durch die Demaskierung dieses Menschen haben wir nicht nur uns selbst gedient, deren Bewegung er zu entehren drohte, sondern auch jenen, die seine Opfer hätten werden können!“

Die Wirkung dieser Enthüllung war ungeheuer. Die Geschworenen sahen einer den andern an und konnten ihre Entrüstung nicht verhehlen. Der Vorsitzende aber sagte mit gewichtiger Stimme:

„Kraft meiner diskretionären Gewalt erkläre ich dieses Schriftstück für in Beschlag genommen. Meine Herren, Sie haben einen Verbrecher angezeigt. Wenn die Tatsachen, die in diesem Schriftstück berichtet werden, wahr sind, haben Sie der Gesellschaft einen Dienst erwiesen, und die Justiz dankt Ihnen durch meinen Mund!“

Welche Tragweite Amereydas Enthüllung hat, braucht wohl nicht erst ausgeführt zu werden. Méti vier hat also nicht nur Clemenceau, sondern auch Briand gedient und diesem den Vorwand für seine Gewalt politik geliefert.

Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen, weil nachgewiesen werden konnte, daß Méti vier bei Legung einer Bombe in dem Hause eines Pariser Gemeinderatsmitgliedes beteiligt war und von der Pariser Polizei ein Monatsgehalt bezog.

In der französischen Bruderorganisation wird infolge dieses Vorganges sicher keine Mitgliederflucht eintreten, sondern unsere Kollegen werden mit neuem Eifer und Mut daran arbeiten, um zu einem formvollendeten Gebilde die Organisation zu gestalten.

Mitgliederstand in der holländischen Organisation. Der Allgemeine Niederländische Bäcker-, Schokoladen- und Zuckerwaren-Arbeiterverband hatte am 1. Oktober 1906 Mitglieder in 26 Abteilungen. Amsterdam marschiert mit 718 Mitgliedern an der Spitze, als zweitgrößte Zahlstelle folgt Rotterdam mit 207, dann der Haag mit 101 Mitgliedern. Am 1. September betrug der Mitgliederstand 1688.

Sozialpolitisches.

Wichtig für Selbst- und Weiterversicherte der Invalidenversicherung. Die Änderungen des Invalidenversicherungsgesetzes, die durch die Reichsversicherungsordnung beschlossen sind und am 1. Januar 1912 in Kraft treten sollen, bedingen eine Änderung der Beitragsätze. Die Beiträge betragen ab 1. Januar 1912

Table with 2 columns: Klasse, Beitrag. Klasse 1: 16 M, Klasse 2: 24 M, Klasse 3: 32 M, Klasse 4: 40 M, Klasse 5: 48 M.

Durch diese Änderung macht sich die Einführung neuer Marken und wahrscheinlich auch neuer Quittungsarten notwendig.

Nur für die vor dem 1. Januar 1912 liegende Zeit dürfen alte Marken verwendet werden.

Nach § 146 des Invalidenversicherungsgesetzes dürfen Selbst- respektive Weiterversicherte Marken für eine länger als ein Jahr zurückliegende Zeit nicht verwenden. Selbstversicherte müssen in zwei Jahren mindestens 40, Weiterversicherte dagegen im gleichen Zeitraum mindestens 20 Marken geklebt haben. Alle Selbst- und Weiterversicherten handeln daher in ihrem eigenen Interesse, wenn sie vor dem 1. Januar 1912 prüfen, ob bereits die erforderliche Anzahl von Marken geklebt worden ist, und wenn das nicht der Fall ist, dann noch vor dem 1. Januar 1912 die erforderliche Anzahl Marken kleben, um durch die spätere Verwendung der Marken nicht Nachteile zu erleiden und schließlich um ihre Rechte zu kommen.

Die Erhöhung der Lebenskosten. Das „Soziale Museum“ in Frankfurt a. M. hat eine interessante Berechnung über die Erhöhung der Lebenskosten angestellt. Es hat die von der Frankfurter Markthallenverwaltung veröffentlichten Marktberichte zugrunde gelegt. Auf Grund der Wirtschaftszählung minderbemittelter Familien, die das Kaiserliche Statistische Amt 1907/08 aufgenommen hat, hat das „Soziale Museum“ nun berechnet, was sich aus den durch die Marktberichte festgestellten Preissteigerungen für drei typische Frankfurter Familien für Folgen ergeben. Dabei ergab sich folgendes: Im ersten Falle beträgt für einen Postboten, der Frau und Kind zu ernähren hat und ein Einkommen von M 1087 bezieht, die Steigerung der Haushaltskosten M 59. Im zweiten Falle handelt es sich um einen Maurer, der drei Kinder hat. Diese fünfköpfige Familie hat ein Einkommen von M 1534. Für sie beträgt die Steigerung nicht weniger als M 122. Im dritten Falle handelt es sich um eine sechsköpfige Familie, zwei Erwachsene und vier Kinder, mit einem Einkommen von M 2418. Hier beträgt die Steigerung M 108. Es ist bezeichnend, daß die Steigerung am stärksten ist für den zweiten Haushalt, der sich schon bisher sehr eingerichtet hat und wenig Fleisch verbrauchte. Im übrigen zeigen die Zahlen, daß es für einen Haushalt mit feststehenden Einnahmen, der bisher bereits nur knapp mit seinem Gelde auskam, unmöglich ist, ohne ganz bedeutende Einschränkungen der Lebenshaltung den Etat zu balancieren.

Um so wichtiger werden daher jetzt für den Arbeiterhaushalt die Konsumvereine, die wenigstens die Verteuerung durch den Kleinhandel ersparen. Freilich muß sich jeder darüber klar sein, daß er durch Beitritt zum Konsumvereine nicht plötzlich über die Folgen der Verteuerung hinwegkommt. Um einen Konsumverein zu schaffen, der die Preise in großem Umfange beeinflusst, braucht man jahrelange Arbeit. Wer also jetzt unzufrieden ist, daß der Konsumverein nicht mehr leistet, der soll sich auch fragen, ob er bisher alles getan hat, um die Bewegung zu fördern.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Nichtigstellung. In der letzten Nummer wurde über die Organisationsstärke des Blumenarbeiter-Verbandes am Schlusse des zweiten Quartals irrtümlicherweise von 581 Mitgliedern berichtet. Diese Zahl ist nicht richtig, sondern genannte Organisation hatte am Schlusse des zweiten Quartals 521 männliche und 581 weibliche, also insgesamt 1102 Mitglieder bei einem Rassenbestand von M 10 192.

Ueber das Ergebnis der Tarifrevision im Buchdruckgewerbe entnehmen wir dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“: Die materiellen Lohnaufbesserungen betragen durchschnittlich 10 pSt. Die Löhne der Gehilfen erfahren in den drei Klassen eine Erhöhung von M 23 auf M 25, von M 24 auf M 26 und von M 25 auf M 27,50 wöchentlich. 80 pSt. der Gehilfen gehören der letzten Lohnklasse an. Die Löhne der im ersten Gehilfenjahre Stehenden wurden von M 18 auf M 19,50 aufgebessert. Die Grundpositionen der in Afford arbeitenden Handsetzer wurden um rund 11 pSt. erhöht. Dazu kommen die Lokalzuschläge, bei denen bisher große Ungerechtigkeiten bestanden, die nun aber durch eine Neuregelung der Angelegenheit beseitigt wurden. Bei der Neuregelung erfolgte eine Einteilung der Orte, wie sie im Reichsbeamtenbefoldungsgesetz entsprechend den Wohnungs- und sonstigen örtlichen Verhältnissen vorgeesehen ist. Dadurch erfahren 211 Druckorte eine Erhöhung des Lokalzuschlages um durchschnittlich 2 1/2 pSt. Wie bei der letzten Tarifrevision im Jahre 1906 schon geschehen, soll jetzt auch denjenigen Gehilfen, die bis zu M 3 über das Lohnminimum ihrer Altersstufe erhalten, eine entsprechende Aufbesserung zuteil werden. Für die darüber hinaus entlohnten Gehilfen empfiehlt die Unternehmerorganisation ihren Mitgliedern die Gewährung einer angemessenen Lohnzulage.

Das Verlangen der Gehilfenvertreter, eine Arbeitszeiterhöhung einzutreten zu lassen, stieß bei den Prinzipalen auf erheblichen Widerstand. Von den Prinzipalen wurde darauf verwiesen, daß sie nur in Rücksicht auf die enorme Steigerung der Lebensmittelpreise sich zu den weitgehenden materiellen Zugeständnissen verstanden hätten. Auch die Gehilfenvertreter mußten darauf ihr Hauptgewicht legen und sich schließlich mit einer Festsetzung der Arbeitszeit von 53 Stunden pro Woche einverstanden erklären. Die Lehrlingslala erhielt in Rücksicht auf die durch die Einführung der Sechsmaschinen im Gewerbe hervorgerufenen Verhältnisse eine Einschränkung, um den notwendigen Ausgleich in der qualitativen und der quantitativen Ausbildung der Lehrlinge, besonders in den kleineren Druckereien, zu schaffen.

Der härteste Strauß wurde bei den Verhandlungen um die weitere Einführung der Affordarbeit bei Maschinenfabrik ausgefochten. Nachdem bei der letzten Tarifrevision diese Entlohnungsmethode für die Zeitungsmaschinen zugestanden war, verlangten jetzt die Unternehmer, auch auf Drängen der Verleger, daß auch beim Wertmaschinenfabrik das Berechnen zugelassen werden soll. Die Gehilfenvertreter konnten es hierbei auf eine Machtprobe nicht ankommen lassen, da sie meinten, in der Öffentlichkeit damit nicht bestehen zu können. Zudem kam, daß nur in 40 Fällen bei Zeitungsmaschinen vom Rechte der Einführung der Berechnung Gebrauch gemacht worden ist. Da den Maschinenfabrikern auch eine zehnprozentige Lohnaufbesserung zugebilligt wurde — die Prinzipale wollten nur 5 pSt. bewilligen —, und da eine effektiv achttündige Arbeitszeit für Zeitung- und Wertfabrik, ausschließlich Puzzeit für die Sechsmaschine, zugestanden wurde, so glaubten die Gehilfenvertreter, daß die 3898 Maschinenfabrik in Deutschland im Interesse ihrer 60 000 übrigen Kollegen sich damit bescheiden könnten; die Maschinenfabrik genießen trotzdem noch eine etwas bevorzugte Stellung im Gewerbe.

Den Gutenbergbund als Tarifkontrahenten zuzulassen, wurde auch diesmal abgelehnt. Der Vorsitzende des Gutenbergbundes wohnte den Tarifverhandlungen als Gast bei. Er hatte wohl eine Aufnahme in die Tarifinstanzen erhofft, während die Prinzipale ihm Sitz und Stimme im Tarifauschuß gewähren wollten. Die Gehilfenvertreter erklärten sich dagegen, wollten aber, wie bisher, keine Einwendungen dagegen erheben, daß eine Vertretung des Gutenbergbundes bei den Tarifverhandlungen zu Gehör kommen soll. Die Prinzipale zogen darauf ihren Antrag zurück.

Das Ergebnis der dreizehntägigen Tarifverhandlungen, die an Schwierigkeiten und Anstrengungen alles in den Schatten stellten, was je bei den Revisionen zutage trat, dürfte als befriedigend bezeichnet werden; materiell dürfte es die Abmachungen der letzten Tarifrevision im Jahre 1906 übertreffen.

Friede in der Bremer Brauindustrie. Nach zehntägigem Streit ist der Zustand der Bremer Brauereiarbeiter mit Erfolg beendet worden. Nachdem eine Versammlung der Brauereiarbeiter am Donnerstag, 12. Oktober, das Angebot der Brauereien in bezug auf die Arbeitszeit akzeptierte, unter der Bedingung, daß in andern Fragen bestimmte Zugeständnisse gemacht werden, fanden Donnerstag nachts wieder Verhandlungen vor dem Gewerbegericht statt, wo es zur Einigung kam. Die erzielten Erfolge sind: neunehnhalfstündige Arbeitszeit, Lohnerhöhung von M 1,25 bis M 4 pro Woche während der Tarifdauer. Die sofortigen Zulagen betragen M 1 bis M 3 pro Woche. Für die Prozententziffer wurde ein Lohn von M 1900 jährlich garantiert. Die Ueberstunden wurden um 5 und 10 % aufgebessert, und anderes mehr. Eine Versammlung der Brauereiarbeiter am Freitag, 13. Oktober, erklärte sich einstimmig mit dem Erreichten zufrieden.

Am Sonnabend, 14. Oktober, erfolgte die Arbeitsaufnahme. Geschlossen, wie die Arbeiter den Streik aufnahmen, kehrten sie auch wieder an die Arbeit zurück. Die Hingebriber aus Hamburg, die nun ihre Mission erfüllt haben, allerdings nicht mit dem Erfolg, den die Unternehmer erhofften, sind wieder abgezogen.

Politische Rundschau.

Der Zusammentritt des Reichstages. Am 17. Oktober tritt der Reichstag zu seiner letzten Tagung zusammen. Die Schlußsession wird von kurzer Dauer sein, da

im Januar 1912 die Neuwahlen erfolgen müssen. Von einer vernünftigen Arbeitsleistung kann in den paar Monaten keine Rede sein, und es wäre zweckmäßiger gewesen, den Reichstag vor Ablauf seines natürlichen Endes aufzulösen.

Die Regierung mußte gut, warum sie nicht die Auflösung herbeiführen durfte. Durch das volksfeindliche Gebaren der Regierungsmehrheit auf allen Gebieten ist eine steigende Erbitterung in den weitesten Volksschichten zu verzeichnen. Durch die Belastung von rigorosen indirekten Steuern auf alle Lebensmittel und die hauptsächlichsten Verbrauchsartikel wurde eine Teuerungspolitik heraufbeschworen, die abermals Tausende von Familien dem förmlichen Hunger auslieferte. In einer solchen Situation war es allerdings nicht ratsam, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen anzuordnen. Durch die Hinausschiebung der Neuwahlen rechneten die politischen Drahtzieher, daß sich die Empörung bei der breiten Volksmasse wieder legen werde, und durch die Entdeckung einer günstigen Wahlparole würde dann das Volk ebenso hurrapatriotisch gestimmt werden können, als bei den Wahlen 1907. Von dieser Möglichkeit ist die Regierung mit ihren Freunden aus dem Schnapsblod selbst schon abgekommen, hat doch die Erbitterung in allen Kreisen zu tiefe Wurzeln getrieben.

Die Sünden der Regierungsmehrheit sind so groß, daß sie nicht mehr so leicht in Vergessenheit kommen. Der von dem Schnapsblod davongejagte Bülow gab sich dem Anschein hin, mit der durch die Kaffernwahlen 1907 zusammengeleiteten Mehrheit aus den Konservativen und Liberalen, „liberale“ Politik zu betreiben. Von der „liberalen“ Aera bekam die Arbeitererschaft bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes recht bald einen Vorgeschmack. Die Paarung zwischen Konservativen und Liberalen währte bis zum Einbringen der Regierungsvorlage, der sogenannten Steuerreform. Hierbei kamen die prinzipiellen Gegensätze so scharf zum Ausdruck, daß der Hottentottenblod geprengt und der Vater deselben in den Orkus geschleudert wurde. An Stelle der Liberalen trat an die Seite der Konservativen das Zentrum und half der Regierung den Raub auf die Taschen des Volkes in die Scheune zu bringen. Seitdem dominiert der schwarz-blaue Schnapsblod, mit Bethmann-Hollweg als Sachverwalter an der Spitze.

Diese Mehrheit entpuppte sich als die ausgesprochenen Volksfeinde bei allen Anlässen. Ihr Ziel und Streben wurde vornehmlich darauf gerichtet, der Arbeitererschaft auf allen Gebieten Fesseln anzulegen. Sie ging selbst soweit, die den reaktionären Geist atmenden, von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlagen, noch mehr zu verstümmeln. Das geschah in ausgiebigem Maße bei der Reichsversicherungsordnung, wobei die „christlichen Arbeiterführer“ den Zutreiberdienst zur völligen Entrechtung der Arbeiter in der Selbstverwaltung der Krankenkassen übernahmen. Der Schnapsblod hat nicht im geringsten Verbesserungen auf sozialpolitischem Gebiete geleistet, wie er auch gegen den Ausbau der Arbeiterchutzgesetze gewesen ist. Unsere Petition auf gesetzliche Regelung eines sechsendreißstündigen wöchentlichen Ruhetages für alle Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien wurde auf Antrag der Schnapsblod-Kommissionsmehrheit dem weltfremden Reichskanzler als Material überwiesen. Dort ruht unser Antrag bis auf den Sankt Nimmerleinstag; wer würde auch dem allzeit der Reaktion gefügigen Reichsverweser zumuten, daß er den an sieben Wochentagen schwer ausgebeuteten Arbeitern Rechnung tragen und im Sinne ihres Gesuches handeln würde?

In der letzten Session soll noch sehr viel Arbeit bewältigt werden. So liegt noch das Privatbeamtenversicherungsgesetz vor; das Hilfskassengesetz ist noch nicht erledigt, die große Gewerbeordnungsnovelle, das Heimarbeitergesetz, die Arbeitskammervorlage, die Strafgesetsnovelle usw. sollen in den wenigen Wochen aufgearbeitet werden. Neben diesen fallen die Etatsberatungen, wobei sich die Regierungsmehrheit die erdenklichste Mühe geben wird, um sie unter Dach und Fach zu bringen. Für alle andern Fragen wird dann kaum mehr Zeit übrig bleiben.

Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden folgende Interpellationen im Reichstag eingebracht:

- 1. Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, welches der Stand der Dinge in den Verhandlungen mit Frankreich bezüglich der Marokkofrage ist.
- 2. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der notorischen Teuerung der notwendigen Lebens- und Futtermittel, die zu einer Kalamität für den größten Teil des deutschen Volkes geworden ist, entgegenzuwirken?
- 3. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von seiten einer Reihe von Behörden glückliche Verstöße gegen den klaren Wortlaut des Vereins- und Versammlungsgesetzes für das Deutsche Reich begangen wurden? Und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem erwähnten Gesetz seitens der Behörden Geltung zu verschaffen?

Mit der Beantwortung der Interpellationen wird es sich die Regierung sehr leicht machen, weil sie bestimmt darauf rechnen kann, daß die volksfeindliche Mehrheit hinter ihr steht. Die Regierung soll nur so weiterfahren, am Wahltage aber wird das Volk Abrechnung machen und die volksfeindliche Mehrheit dezimieren. Die wenigen Monate müssen aber besonders von den Arbeitern zur politischen Aufklärung der Massen verwendet werden. Sünden hat der Schnapsblod so viele auf sein Haupt geladen, daß sie zum Himmel stinken.

Eingeladnt.

Sobald kleinere Nebelschleier oder die ersten Nachtfröste im Herbst sich einstellen, trachtet der Mensch naturgemäß danach, für die nun kommende kalte, häßliche Jahreszeit eine entsprechende Unterkunft zu finden. Die Badeorte sind verwaist, die während der Saison dort Beschäftigten suchen nun die zunächst gelegene Großstadt auf, hoffend, dort lohnende Arbeit zu finden. Auch aus manch andern Ursachen suchen viele unserer jungen Bädergefelln die Großstädte mit ihren relativ besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen auf, um dort bald passende Arbeitsgelegenheit zu bekommen.

Es lohnt sich, einmal auf dieses Thema näher einzugehen, zeigt es uns doch, daß mancher junge Kollege besser tun würde, gerade jetzt die Großstadt zu meiden. Wir erleben leider die Tatsache so oft, daß von auswärtigen jungen Kollegen zugereist kommen und nun hoffen, durch den Bezug der Arbeitslosenunterstützung sich während der Arbeitslosigkeit über Wasser zu halten; denn er meint, lange kann es ja nicht dauern bis er Arbeit bekommt. Man vergißt dabei, zu berücksichtigen, daß gerade in den Großstädten, namentlich dort, wo durch die Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht wurden, viele verheiratete Kollegen vorhanden sind, die jahrelang auf der Arbeitsstelle verbleiben. Folglich ist der Wechsel nur ein geringer; für die Arbeitslosen am Orte bedeutet das eine lange Arbeitslosigkeit.

Wie ergeht es nun leider so oft den jungen Kollegen? Nach Verlauf einer Woche wird ihnen mitgeteilt, daß nach dem Statut weitere Reiseunterstützung nicht mehr ausbezahlt werden kann. Ziemlich ratlos sieht man oft den vor Tagen so hoffnungsvollen jungen Kollegen stehen. Nicht immer blüht allen das Glück in der Umgebung einer Großstadt, allerdings zu schlechteren Bedingungen — meist dann noch Kost und Wohnung im Hause des Meisters — Arbeit zu erhalten. Die Mehrzahl sieht sich gezwungen, den Wanderstab zur Hand zu nehmen und nun von Ort zu Ort zu wandern, um dort ihre Arbeitskraft anzubieten.

Für die verheirateten Kollegen bildet der große Zustrom eine ständige Gefahr, wenn auch zugegeben werden muß, daß im allgemeinen die Arbeitgeber wenig davon wissen wollen, Zugereiste in Arbeit zu nehmen, da ihnen die Arbeitskraft zu teuer ist. Mancher ist dann froh, wenn er zunächst als Hilfsarbeiter eine Stelle erhält, um auf diese Weise später als Geselle beschäftigt zu werden. Wiederum getäuschte und betrogene Hoffnung. Solche willige und billige Arbeitskraft gibt man so ohne weiteres nicht fort, und für den fortgewandenen Gesellen gibt es besseres und brauchbareres Menschenmaterial, zumal man noch Eingearbeitete ohne weiteres bekommen kann, während ein halbwegs tüchtiger Hilfsarbeiter nicht so leicht zu haben ist. Es ist nicht jedermanns Sache, die Woche ungefähr 100 Arbeitsstunden zu leisten, wie solches oft der Fall ist; solchen Menschen gibt ein Unternehmer schon mal *M* 1 mehr, so daß der herrliche Lohn von *M* 10 pro Woche für sieben Tage erreicht wird, von den Schlafräumen, die sich durchgängig im Keller oder auf dem Boden befinden, wollen wir lieber schweigen. Oft hört man dann von solchen jungen Kollegen die Aeußerung: „Wäre ich doch geblieben, wo ich war, hätte ich gemeinsam mit meinem Kollegen dahin gestrebt, daß es in meiner Heimat auch besser würde. Nun muß ich mich hier als Bäckerknecht durchs Leben schlagen. Wenn das meine Kollegen wüßten.“

Wägen es sich unsere jungen Kollegen überlegen, ehe sie um diese Zeit eine Großstadt aufsuchen. Manche trübe Stunde, mancher Tag, wo man nicht weiß das Schlafgeld zusammenzubringen, oder mit hungrigem Magen seine Lagerstätte aufsucht, bleiben erspart. Baut am Orte die Organisation aus, sorgt, daß unsere Reihen gestärkt werden, um so gemeinsam, wenn die Frühlingswinde wehen, darüber beraten zu können, ob es nicht an der Zeit ist, sich einmal daran zu gehen, zunächst Kost und Logis beim Meister zu besichtigen. Die in diesem Sinne handeln, erweisen der Organisation und ihren Kollegen in den Großstädten einen großen Dienst.

Nachmals, meidet die großen Städte, denkt daran, daß Hunderte von Familienvätern dem Winter mit banger Sorge entgegensehen; schädigt nicht in Eurer Unerfahrenheit die schuldlosen Frauen und Kinder unserer alten Kollegen. **W. L.**

Literarisches.

Solzarbeiterverband. Jahrbuch 1910. 578 S. Selbstverlag.

— Aus dem Vergoldergewerbe. Verhandlungen der Vergolderkonferenz in Berlin am 18. und 19. April 1911. Mit einem Anhang Betriebs- und Arbeitsverhältnisse im Vergoldergewerbe. 43 S. Selbstverlag.

— Von den Schirmmachern. Die Lage der in der Berliner Schirmindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. 10 S. Selbstverlag.

— Die Brandgefahr in der Zelluloidindustrie. Mit einem Anhang: Grundsätze für die gewerbepolizeiliche Ueberwachung der Betriebe zur Herstellung von Zelluloidwaren und der dazu gehörigen Lagerräume (Preussischer Ministerialerlaß). 20 S. Selbstverlag.

Konsumgenossenschaft „Hoffnung“, Köln a. Rh. 10 Jahre Entwicklung, 1901 bis 1911. 99 S. Selbstverlag.

Du sollst deinen Geist nicht töten. Ein Beitrag zur Bekämpfung der Schundliteratur. Von D. Thomas, Frankfurt a. M. Kommissionsverlag Buchhandlung Volksstimme. 24 Seiten. Preis 15 *S*. Der Verfasser, ein in elenden Verhältnissen groß gewordener Arbeiter, schildert in dem Schriftchen Ursachen, Wesen und Wirkung der Schundliteratur. Er benutzt dazu außer seinen eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiete ein sehr umfangreiches Material. Thomas führt uns in Arbeiterwohnungen, in denen er als Kassierer seiner Genossenschaft manches gesehen hat, das er kritisch bearbeitete, und gibt eine warmempfundene Schilderung der seelischen Kämpfe, die ein solches Opfer der Schundliteratur durchzuführen hat. Er hat in sich selbst die Wirkungen dieses giftigen Giftes empfunden und schwere Kämpfe durchzuführen müssen. Zum erstenmal hören wir einen Betroffenen selbst darüber erzählen. Aber auch sonst wird in dem billigen Heftchen, für 15 *S* liefert es jede Buchhandlung sowie die Kolporture, manche Sünden unserer Gesellschaft bloßgelegt. Mit großem Interesse liest man, welche erhebliche Lücken noch in der Volksbildung vorhanden sind. Jeder Parteigenosse und jeder Gewerkschafter wird das Broschürchen sicher mit großem Interesse lesen und darin manch wertvolles Material für die Agitation finden. Besonders unserer Arbeiterjugend kann man das Studium sehr eindringlich empfehlen. Das Schriftchen ist sehr flüssig und leicht verständlich geschrieben und verdient die größte Beachtung und weiteste Verbreitung.

Der in seinem 86. Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender für das Jahr 1912** (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg) enthält unter anderem: Kalendarium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustrationen). — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Neuer Kampf! Von Heinrich Ströbel. — Gerechtigkeit. Gedicht von Alfred Malet. — Die Bagdadbahn und die Großmächte. Von A. Demmer (mit Illustration). — Für Treue und Fleiß. Erzählung von Robert Grösch (mit Illustrationen). — Gewerkschaftshäuser. Von Paul John (mit Illustrationen). — Erinnerungen aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit. Von L. Lauscher. — Mittag in der Fabrik. Gedicht von U. Rademann (mit Illustration). — Die Entwicklung der Frau zur Parteigenossin. Von Frida Wulff. — Ein kapitalistisches Kulturdokument. Von Ludw. Andresen (mit Illustration). — Die Gelden. Gedicht von Wilhelm Schmidtbonn. — Aus der Geschichte des preussischen Wahlrechts. Von Dr. A. Conradh (mit Illustrationen). — Meine Schwalben. Gedicht von Max Stempel. — Einsamkeit. Erzählung von Karl Busse (mit Illustrationen). — Die Pest, ihr Wesen und ihre Verbreitung. Von Dr. R. Silberstein (mit Illustrationen). — Arbeiterbibliotheken. Von J. Hanauer (mit Illustration). — Am Wege. Gedicht von Emma Dölk. — Böse. Erzählung von Ernst Prezang (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Fortsätzen). — Aus dem Leben. Vier Bilder vom Daseinskampf. Von Ludwig Lessen. — Fliegende Blätter. — Für unsere Mätkelöser. — Außerdem vier Bilder: Kleinkinderschule. Vor dem Streik. Ein Frühlingstag. Verlassen. — Ein Dreifarbenendruck auf Kunstdruckpapier: Der Schmied. — Ein Wandkalender.

Anzeigen.

Nachruf.

Den Verbandsmitgliedern zur Nachricht, daß am 9. Oktober unser Kollege

Erhard Regler

ebdlich verunglückte.

Ehre seinem Andenken!

[M. 3,60] Die Zahlstelle Hagen-Schwerte.

Unsern Kollegen **Max Glauche** nebst Braut

die besten Glückwünsche

:: zur Vermählung! ::

Die organisierten Bäcker und Konditoren der Firma **Lyons & Comp., London.**

[M. 2,10]

Unsern lieben Kollegen **Hermann Oppelt** sowie seiner lieben Braut **Ellsabeth Kugelstadt**

die herzlichsten Glückwünsche

:: zur Vermählung! ::

[M. 3] Zahlstelle Wetzlar-Giessen.

Für unsere Bäckerei und Konditorei mit einem Umsatz von 1½ Millionen Mark, suchen wir einen **umsichtigen und erfahrenen**

Bachmeister,

welcher mit den hiesigen Drotverhältnissen vertraut ist.

Der Antritt muß am **15. November**, spätestens aber am **1. Januar 1912** erfolgen. Ausführliche schriftliche Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche sind bis zum **21. Oktober** zu richten an den

Bielefelder Konsumverein e. G. m. b. H.

Eine der Neuzeit entsprechend eingerichtete

Bäckerei mit gutem Geschäft

ist wegen hier nicht anzugebenden Gründen zu verkaufen. Preis *M.* 60.000. Anzahlung *M.* 6000. Miets-Einnahme *M.* 2200. Zu dem Hause gehört ein schöner Garten.

Reflektanten mögen sich wenden an

Paul Schneider, Bäcker, Schwerin i. M.,

[M. 5,50] Gutenbergstr. 6.

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. **Berlins, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.**

Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar.

Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.

Nach dem Unterricht: **Gesellschaftsstunde.**

Für gewissenhafte Ausbildung leiste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. **Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bornauerstr. 17.**

Ein Versuch überzeugt!

Natürl. **Eigelb.**

Eiwelss, trocken und flüssig,

liefert in hervorragender Qualität

Robert Gottheiner, Hamburg 22, Hamburger Strasse 85.

[M. 3] Telefon: Gr. 6, 5398.

Zürich (Schweiz) :: Bäcker.
Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hinteren Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckereiarbeitern bestens.
Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. **A. Kohler,**
[M. 4]

Unübertroffen
sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere Margarine-Marken
Spreegold, Spreekrone u. allerfeinste Ziehmargarine
Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher
Alleinige Fabrikanten:
Margarine-Werke Berolina
Berlin-Lichtenberg
Herzbergstrasse 55/56
Teleph.: Amt Lichtenberg Nr. 694 und 695.

Vertreter:
Bremer, Rampe & Thomsen,
Hamburg, Gröningerstr. 34.
Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.
gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen
beden ihren Bedarf am besten bei
Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besondere bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 22. Oktober:
Bochum: Bei Schäfer, Ringstraße. — **Erfurt:** 3 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9. — **Zolingen:** Im Gewerkschaftshaus. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Schternstraße.

Mittwoch, 25. Oktober:
Hamburg-Altona (Seefahrende): 8½ Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberackstr. 15. — **Kiel:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — **München** (Konditoren): Gasthof „Zum goldenen Lamm“, Zweigstr. 4. — **Traunstein:** 2 Uhr, „Zum Löwen“.

Donnerstag, 26. Oktober:
Coblenz: 3 Uhr, „Zum goldenen Ring“. — **Mannheim:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — **Stuttgart** (Bäcker): In der „Dopierhalle“, Christophstr. 24. (Konditoren): 8 Uhr in der „Dopierhalle“, Christophstr. 24.

Freitag, 28. Oktober:
Bochum: 8 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8.

Sonntag, 29. Oktober:
Nalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — **Wahrenth:** Im Restaurant Dreh, Kirchgasse. — **Dennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Landsberg a. d. W.:** 3 Uhr bei Daber, Mollteplatz. — **Rüstringen-Wilhelmshaven:** 4 Uhr bei Duddenberg, Rüstringen, Peterstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: **J. B. A. Lankes, Hamburg, Befensbindehof 57.** — Verlag von **D. Almann, Hamburg.** — Druck: **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.**